

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. ♦ Postvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorlastr. 48. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Zum Regierungswechsel im Reich.

Die politischen Ereignisse nehmen ihren natürlichen Verlauf. Das gilt wenigstens für den, der diesen Verlauf von der Plattform sozialistischer Gesichtsauffassung aus beobachtet. Für den Sozialisten vollzieht sich alles politische Geschehen im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse. Und die wirtschaftlichen Verhältnisse bieten sich uns heute in einem schweren Krisenzustand dar. Nichts ist deshalb selbstverständlicher, als daß auch die Politik schwere Krisenverhältnisse zeigt. Politik als Aufgabe ist ja schließlich nichts anderes als: **Organisierung des öffentlich-rechtlichen Zusammenwirkens der Wirtschaftsgesellschaft.**

Das öffentlich-rechtliche Zusammenwirken dient nun ausschließlich der Bedürfnisbefriedigung, die in der Hauptache erstrebt wird durch das Zusammenwirken aller Menschen. Dieses Zusammenwirken aber vollzieht sich im Privatkapitalismus unter sehr ungleichen Bedingungen. Es ist eine kleine Gruppe, die die Wirtschaftsmittel (Produktionsmittel) besitzt, während der übrige große Teil nichts besitzt als die Arbeitskraft. Da beides zusammengehört zum Wirtschaften, ist eine wirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung auch nur dann möglich, wenn Produktionsmittelbesitzer und Arbeitskraftbesitzer sich zusammenfinden können. Das heißt nichts anderes, als daß die Kapitalisten ihre Betriebe bereinstellen müssen, damit die Arbeiter dort beschäftigt werden, um die Waren produzieren zu können, welche die Menschen zu ihrer Bedürfnisbefriedigung brauchen.

Je reibungsloser sich das vollzieht, desto harmonischer gestaltet sich auch das ganze öffentliche Zusammenwirken und desto harmonischer erscheint auch der Verlauf der Politik. Ist aber der Prozeß des wirtschaftlichen Zusammenwirkens irgendwie gestört, dann entsteht die politische Schwierigkeit, diese Störung wieder zu beseitigen. Wir haben nun zur Zeit eine solche, dazu ganz erhebliche Störung. Die entscheidende Frage für die verantwortliche Politik lautet also: **Wo liegt diese Störung?** Da wir es im gesellschaftlichen Zusammenwirken mit nur zwei Faktoren zu tun haben — mit den Besitzern der Produktionsmittel auf der einen und den Besitzern der Arbeitskraft auf der anderen Seite — kann die Beantwortung dieser Frage nicht allzu schwierig sein. Man muß die Frage nur umstellen und auf die einfache Formel bringen: Warum ist das Zusammenwirken zwischen Produktionsmittelbesitzern (Kapitalisten) und Arbeitskraftbesitzern (Arbeitern) gestört? Oder noch einfacher ausgedrückt: **Warum liegen die Arbeitsbetriebe still und die Arbeiter beschäftigungslos auf der Straße?**

Sobald die richtige Antwort auf diese Frage gefunden ist, wäre auch die Ursache der Wirtschaftskrise erkannt. Die Aufgabe der Politik wäre es dann, diese Ursache zu beseitigen. Wie kann diese Ursache aufgefunden werden? Nichts einfacher als das! Wir brauchen nur die Frage an die beiden Gruppen — Produktionsmittelbesitzer und Arbeitskraftbesitzer — zu stellen, warum sie nicht zu einem Zusammenwirken kommen können. Die Antwort ist längst gegeben. Die Produktionsmittelbesitzer sagen, daß sie deshalb ihre Betriebe geschlossen halten, weil sie keine Profite mehr erzielen können und die Arbeiter nicht unter den (Lohn-)Bedingungen arbeiten wollten, die vielleicht noch genügend Profit zur Aufrechterhaltung der Betriebe übrigließen. Die Arbeiter sagen, daß die Bedingungen, unter denen die Kapitalisten ihre Betriebe aufrechterhalten und sie beschäftigen wollen, für sie untragbar seien, da sie zu einer Existenz bei voller Arbeitsleistung einfach nicht ausreichen. Das ist die Situation, wie sie die Wirtschaft darbietet und die wir mit Wirtschaftskrise bezeichnen.

Der Politik erstreckt nun hieraus eine doppelte Aufgabe: einmal zu versuchen, irgendwie wieder ein Zusammenwirken von Arbeitsmitteln und Arbeitskraft zuwege zu bringen, also die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Zum anderen aber hat sie die Verpflichtung, solange die notwendige Bedürfnisbefriedigung der Arbeitslosen sich nicht durch Wieder-in-Gang-Bringen des wirtschaftlichen Zusammenwirkens erzielen läßt, dieselbe durch öffentliche Maßnahmen (Unterstützung und Fürsorge) sicherzustellen. Die eigentliche Schwierigkeit hierbei erstreckt dort, wo die Politik die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht erreichen, ja nicht einmal ihre Ausdehnung aufhalten kann, und wo demgegenüber sich gleichzeitig die Tatsache vollzieht, daß die öffentliche Betreuung der Arbeitslosen eine immer engere Begrenzung zu finden droht durch die fortschreitende Schrumpfung der zur Verfügung stehenden Mittel. In der Praxis ist der

Kampf der politischen Machthaber mit den aufgezeigten Schwierigkeiten dann bemerkbar als „Ausbeuterpolitik“, die von den Besitzenden darin erblickt wird, daß sie immer mehr „Belastung“ (zur Aufbringung der notwendigen Unterstützungsmittel) bringt und von den Unterstützungsberechtigten darin, daß sie auf „Unterstützungsraub“ (wegen der fortschreitenden Schrumpfung der Mittel) eingestellt sei.

Für denjenigen, der nicht, wie der Sozialist, diesen ganzen Entwicklungsprozeß in seinen Ursachen und Bedingungen durchschauen kann, verliert jetzt die Krise ihren rein wirtschaftlichen Charakter, um ihm als „verwerfliches politisches System“ zu erscheinen. Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise und gegen die Verantwortlichen in der Gesellschaftswirtschaft schlägt damit gleichzeitig um in einen Kampf gegen das „poli-

tische System“, also gegen die Verantwortlichen in der Wirtschaftsgesellschaft.

Die Politik ist es ja, die die Krisen gesetzte macht, weshalb dem Durchschnittsbürger nichts selbsterständlicher erscheint, als daß diese selbe Politik durch die Gesetze die Krise macht. Dieses „politische System“ erscheint ihm völlig unabhängig von dem vorhandenen „wirtschaftlichen System“. Höchstens glaubt er, daß das wirtschaftliche System durch das von ihm in Gesetzgebung und Verordnungen beobachtbare politische System „verdorben“ worden sei und „verdorben“ würde, ohne zu begreifen, daß gerade umgekehrt immer jedes politische (Gesamt-)Handeln nur das Spiegelbild des wirtschaftlichen Seins darstellt.

Aber wie gesagt, der Durchschnittsbürger begreift das nicht. Dieser Durchschnittsbürger aber befindet sich heute noch in der großen Mehrheit. Deshalb auch die Sammlung und das fortschreitende Wachstum jener, die ihr staats- und gesellschaftspolitisches Zielstreben auf den „Sturz des bestehenden politischen Systems“ konzentrieren und darin die Errettung aus aller Krisennot erblicken.

Aufmarsch des Nationalfaschismus.

Das nun, was sich in diesen Tagen in der Politik vollzieht, ist in seiner wahren Bedeutung nur zu verstehen, wenn man das bisher Gesagte einer Beurteilung zugrunde legt. Das Kabinett Brüning war in den letzten zwei Jahren gezwungen, eine „Ausbeuterpolitik“ in dem oben dargelegten Sinne und mit dem ebenfalls aufgezeigten Doppelcharakter zu betreiben. In positiver Abwehr standen auf der einen Seite die Arbeitgeberorganisationen und auf der anderen die Arbeiterorganisationen. Die Arbeitgeber kämpften gegen Brüning um die Erhaltung und Steigerung ihrer Profite und gegen allzu starke „Belastung“. Die Arbeiter kämpften um die Erhaltung ihrer Löhne und gegen Lohn- und Unterstützungsabbau. Darüber hinaus kämpften beide Gruppen aber auch um die politische Macht, um dieselbe ihrem Interessenstreben dienstbar machen zu können.

Neben diesen beiden Gruppen sammelten sich die Nationalsozialisten, die die Krise dazu benutzen wollten, um ihre politischen Machtgelüste befriedigen zu können, also um die politische Herrschaft zu erhalten und sich als Herrngruppe über die Volksgemeinschaft einzusetzen zu können. Die Masse der Durchschnittsbürger sollte ihnen zu dieser Herrenstellung verhelfen, weshalb sie versprachen, wenn sie einmal die Macht haben, keine Gesetze mehr zu machen, die Krisennot bringen, sondern nur solche Gesetze, die die Krise beseitigen würden. **Vor allem soll Schluß gemacht werden mit der bisherigen sogenannten marxistischen Gewerkschaftspolitik.** Das trieb ihnen die Wähler aus zwei Lagern zu: einmal alle Wähler aus dem selbständigen Bürgertum, dem die bisherige Politik zu weit den Forderungen der organisierten Arbeiter bzw. Gewerkschaften nachkam. Zum anderen die Wähler aus den werktätigen Volksteilen, die der Auffassung waren, daß die Gewerkschaften sich für ihre Forderungen nicht genug eingesetzt hätten und denen die bisherige Politik nicht weit genug den Forderungen der Werktätigen entsprach. Jede dieser beiden Gruppen der Naziwähler legt sich eben den Kampf der Faschisten „gegen den Marxismus“ so aus, wie sie ihn von ihrem Interessenstandpunkt aus sieht.

Wir als Sozialisten wissen nun, daß ein Steg dieser Faschisten nicht nur keinen Ausweg aus der Krise brächte, sondern eine ungeheure Verschlimmerung. **Das gleiche aber wissen auch die Kapitalisten.** Sie haben nur die Faschistenpartei hochgepöppelt und betreut, damit sie so stark werden sollten, um die Gewerkschaften in ihrer Kampfkraft zu schwächen und damit den Arbeitgebern ihren Interessenkampf zu erleichtern. Das ist ihnen auch in der Tat in weitreichendem Maße geglückt. Ja, nicht nur in weitreichendem Maße, sondern sogar, auch nach Auffassung der Arbeitgeber, also der Industrie- und Feudalherren, in überreichem Maße, so daß die Gefahr akut wird, daß die Faschisten die Herren in der politischen Verwaltung werden, wenn auch nur in einzelnen kleineren Länderverwaltungen.

In Verbindung mit der in unverminderter Heftigkeit anhaltenden Wirtschaftskrise, für deren Abflauen noch nicht die geringsten Anzeichen bestehen, erscheint das aber den Industrie- und Feudalherren etwas zu gefährlich. Sie wissen, daß die Nazis in verantwortlicher Stellung auf Grund ihrer Agitation irgend etwas zur Verwirklichung ihrer Versprechen zu tun gezwungen sein werden. Sie wissen aber auch weiter, daß bei der völligen wirtschaftlichen Ahnungslosigkeit dieser Leute und bei der verzweifeltsten wirtschaftlichen Situation irgendwelches Nazierperimentieren zu einer Katastrophe treiben müßte, die nur durch Aufrechterhaltung einer brutalen Säbelherrschaft gemindert werden könnte, oder aber in einem alles vernichtenden Bür-

gerkrieg enden müßte. Das zwingt jetzt das „Massische“ Bürgertum, also die eigentliche Herrenschicht der Industriellen und des Großgrundbesitzes, im Verein mit dem konservativen Adel, sich selbsttätig mit in das politische Geschehen einzuschalten. Das ist es, was wir gegenwärtig in der Politik seinen Anfang nehmen sehen.

Die bestehende reaktionäre Bürger- und Adelskaste will sich die alte Herrenstellung wieder langsam zurückerobert. Sie weiß, daß diese ihre Herrenstellung nur bei Aufrechterhaltung des freien Privatkapitalismus Bestand behält, und daß die Aufrechterhaltung dieses Privatkapitalismus sich nur über eine profitssichernde und damit arbeitserfreundliche sozialreaktionäre Politik ermöglichen läßt. Brüning — in seiner wenigstens noch bedingt von den Arbeiterorganisationen abhängig gewesenen Stellung — war ihnen hierfür schon als eine Gefahr erschienen. Er mußte fallen. Das Ziel war zwar: **Bildung einer zuverlässigen Regierung mit offener Beteiligung und Unterstützung der Nazis.** Das ist auf den ersten Anlauf nicht gelungen. Die Nazis wollten erst durch Reichstagsneuwahlen ihren politischen Einfluß stärken, da sie mit 220 bis 250 Mandaten rechnen. Sie glauben dann, gegenüber dem alten Wirtschaftsherrntum stärkeres Gewicht zu besitzen, um ihren persönlichen Machtgelüsten besser dienen zu können.

Mag dem sein wie es will. Verspielt haben die Nazis als Partei jetzt schon. Das industriell-großagrarische Feudalrittertum wird ihnen (als Interessengruppe — Einzelpersonen und Namen können dabei wechseln) die maßgeblichen Plätze nicht mehr freiwillig räumen. Die Nazis können sich hier nur noch zu gegebener Zeit mit einzuschalten versuchen. **Und das werden sie auch unausbleiblich tun.** Ob nämlich Neuwahlen kommen oder nicht, kann den Nazis nicht viel helfen, weil sie allein auf keinen Fall im Reich die Mehrheit bekommen können. Wohl aber wird es so kommen, daß nur eine Rechtskoalition im neuen Reichstag eine Mehrheit finden kann. Die jetzige Feudalregierung wird dann den Nazis frei stellen, sich mit ihnen an der Regierung zu beteiligen. Lehnen die Nazis das ab, dann bleibt nichts anderes übrig, weil ja dann keine andere Mehrheit im Reichstag zusammenzubringen ist, aber doch irgendwie regiert werden muß, als daß die jetzige Feudalregierung sich als irgendeine Diktaturregierung etabliert, womit auch dann die Nazis ausgeschaltet wären. Das ist der Grundgedanke, auf den sich die jetzige Regierung aufbaut. Anzunehmen ist aber als sicher, daß die Nazis zu retten versuchen, was für sie zu retten übrig bleibt und sich nach den Wahlen mit einbauen werden. Was dann wird — nun, das muß die Zukunft lehren. Die Arbeitererschaft erlebt jetzt ihre entscheidende Zeit. Und nicht nur die Arbeitererschaft, sondern das ganze deutsche Volk.

Der Aufmarsch des Nationalfaschismus hat begonnen, der sich auf den Schultern der nationalsozialistischen Wählermassen hochtragen ließ und sich nun in der anzubahmenden Verbrüderung zwischen Naziführung und industriell-großagrarischem Feudalrittertum zu etablieren beginnt. Das ist der Sinn der beobachtbaren politischen Vorgänge. Sie sind ernst, aber nicht verzweifelt. Die Millionenmassen der sozialistischen und freigewerkschaftlichen Arbeitererschaft stellen einen Faktor dar, der auch von der neuen Regierung sehr hoch in Rechnung gestellt werden muß. Als Verbündeten in dieser Entwicklungsphase hat diese Arbeitererschaft die Krise. Wer sie nicht meißert, der wird auch nicht die Arbeitererschaft meistern, und sie mit kapitalistischen Mitteln zu meistern, wird wohl auch schmerzlich dem vereinten Nationalfaschismus gelingen.

Schiedsprüche im Ruhrbergbau.

Nachdem die Schlichtungsverhandlungen über den Tarifstreit im Ruhrbergbau am 19. Mai nach sechsständiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden mußten, wurden sie am 30. Mai fortgesetzt und mit zwei Schiedsprüchen beendet. Der Schiedspruch zur Lohnfrage sieht eine Verlängerung des bisherigen Lohnstarifs in unveränderter Form vor. Die Unternehmer hatten bekanntlich eine Senkung der Tariflöhne um 12 Prozent gefordert. Da der Schiedspruch diesen Abbauwünschen nicht Rechnung trägt, lehnten ihn die Unternehmer ab, während die Gewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung beantragten. Erstmals fündbar ist der Lohnstarif zum 31. Juli d. J.

Bezüglich des Manteltarif verlangten die Unternehmer die Beseitigung der tariflichen Siebenstundenschicht, eine Reduzierung der bisherigen Urlaubsvergütung auf die Hälfte, einen Abbau der Lohnzuschläge um 50 Prozent, Fortfall des Hauslandsgeldes sowie eine Minderung der Bezugsrechte auf Deputatkohlen. Der Schiedspruch zum Manteltarif sieht diese in wiederum mit Ausnahme folgender Änderungen in Kraft:

Der im letzten Jahre um einen Urlaubstag verminderte Urlaubsanspruch wird wieder auf den früheren Stand gebracht. Statt elf beträgt also jetzt der Höchsturlaub wieder zwölf Tage. Jedoch vermindert sich die gesamte Urlaubsvergütung für das Jahr 1932 von 100 auf 70 Prozent. Eine weitere Änderung im Manteltarif geht dahin, daß über die Arbeitszeit zu gleicher Zeit verhandelt werden darf, zu der über das bestehende Mehrarbeitsabkommen während der Dauer dieses Tarifs verhandelt wird. Der Manteltarif gilt bis zum 31. März 1933 als unfündbar. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten den Schiedspruch zum Manteltarif ab. Die Unternehmer beantragten die Verbindlichkeitserklärung.

Die Nachverhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung der vorliegenden Schiedsprüche fanden am 2. Juni im Reichsarbeitsministerium statt. Bei diesen Verhandlungen legten die Tarifparteien nochmals ihren Standpunkt zu den Schiedsprüchen dar. Eine Verbindlichkeitserklärung derselben liegt bis Redaktionsschluß noch nicht vor. Dieser Schwebezustand mag teilweise daraus zu erklären sein, daß infolge des Regierungswechsels das Reichsarbeitsministerium bis zur Stunde noch unbefestigt ist. Darüber hinaus rechnen man in der Unternehmerpresse bereits mit einem tariflosen Zustand. Ob diese Vermutung richtig ist, werden die nächsten Tage zeigen. Aber selbst wenn Verbindlichkeitserklärung erfolgt, müssen sich die Bergarbeiter in der nächsten Zeit auf die schwersten Auseinandersetzungen gefaßt machen.

Die über die Pläne des Zechenverbandes in der Regel sehr gut unterrichtete „Frankfurter Zeitung“ kommentiert unter dem 1. Juni die Schiedsprüche nämlich wie folgt:

„Man kann wohl vermuten, daß die Hinausschiebung einer vorher allgemein erwarteten Reform des Lohnstarifs im Ruhrbergbau im Sinne einer elastischeren Gestaltung zusammenhängt mit der Unsicherheit über die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung und über ihre wirtschaftspolitischen Pläne. Der Schlichter hätte zum Zustandekommen eines Schiedspruches, der eine Lohnsenkung, wenn auch nur für einen Teil der Belegschaft vorfand, die Stimmen der Arbeitgeberseite haben müssen. Ein Nachgeben in Richtung der Wünsche des Zechenverbandes wäre aber praktisch einem Verzicht auf die generelle Festsetzung eines

tariflichen Mindestlohnes sehr nahe gekommen. Eine solche grundsätzliche Umgestaltung hielt die Schlichtungsbehörde offenbar zur Zeit nicht für zweckmäßig. Daß es dem Zechenverband mehr auf einen solchen generellen Angriff auf das Tarifsystem als auf eine sofortige Erleichterung für einzelne Zechen ankam, läßt die Tatsache vermuten, daß auch ein Vermittlungsvorschlag des Schlichters abgelehnt wurde, der eine Ausweitung der bisher für die sogenannten Randzechen bestehenden Erleichterung hinsichtlich des Mindestlohnes vorsah. Bei der Ablehnung des Zechenverbandes gegenüber diesem Vorschlag wirkte ohne Zweifel auch die Furcht vor Differenzen im eigenen Lager mit, denn die Auswahl der im Sinne dieser geplanten Tarifbestimmung als notleidend anzusehenden Zechen sollte dem Zechenverband selbst überlassen bleiben. Der Tarifvertrag sollte nur die Gesamtzahl der Bergleute, für die eine solche Lohnkürzung, ähnlich wie bei den hierzu bereits konzedierten Zechen, möglich sein sollte, festlegen. Wichtiger für die Ablehnung dieses Vorschlages durch die Arbeitgeber war wohl der Gesichtspunkt, daß durch eine solche Regelung der Grundlag des bisherigen Tarifsystems unangefastet gelassen würde.

Die Bestrebungen in westdeutschen Industrietrieben auf eine partielle Tariflastigkeit bestehen bekanntlich seit längerer Zeit. Sie gehen auf Gebantengänge zurück, die der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Eisenindustrie, Grauert, in seinem vorjährigen Geschäftsbericht niedergelegt hat und die inzwischen von maßgebenden Führern der Schwerindustrie übernommen worden sind. Als grundsätzliches Ziel schwebt dabei die volle Abschaffung der Tarife vor. In den wirtschaftspolitischen Erörterungen im vorigen Sommer und Herbst ist beispielsweise auf Seiten der Schwerindustrie die Aufhebung aller Inlandsstarife als Gegenleistung für eine Aufhebung der Lohn- und Arbeitszeittarife diskutiert worden. Da sich die vollständige Beseitigung der gesetzlichen Lohn- und Arbeitszeitregelung vorläufig nicht als durchführbar erwiesen hat, hält man ein etappenweises Anstreben dieses Zieles für zweckmäßig, wobei sowohl für Lohn wie auch für Arbeitszeit an die tarifliche Festsetzung einer Mindestgrenze für den Lohn bzw. einer Höchstgrenze für die Arbeitszeit gedacht war, die einen bestimmten Prozentsatz des bisherigen tariflichen Lohnes bzw. der Arbeitszeit ausmachen sollte, während der Rest als Objekt für freie Verhandlungen der Parteien, und zwar für betriebliche Verhandlungen gedacht war. Das Vorgehen des Zechenverbandes war offenbar ein Versuch in dieser Richtung. Da die Zwischenlösung nur bis Ende Juli gilt und mit vierwöchiger Frist bereits am 1. Juli gekündigt werden kann, ist damit zu rechnen, daß die Frage in Kürze wieder aufgerollt wird.

Also volle Abschaffung der Tarife ist nach diesen Ausführungen das Ziel der Ruhrunternehmer! Wir zweifeln daran keinen Augenblick, weil wir schon wiederholt darauf hingewiesen haben, daß die Unternehmer die Zuspitzung der Wirtschaftskrise für den geeignetsten Zeitpunkt halten, um ihre sozialreaktionären Pläne zu verwirklichen. Große Hoffnungen werden sie dabei zweifellos auch auf die politische Krise und den rechtsradikalen Regierungskurs setzen. Die Bergarbeiter werden und müssen daher aus diesen Vorgängen lernen. Größte Wachsamkeit und äußerste Entschlossenheit ist das Gebot der Stunde! Nur ein ungedrogener Organisationswille und unermüdlicher Kampfeifer werden auch weiterhin die Verschlechterungspläne der Zechenherren zunichtemachen und die Bergarbeiter vor einer maßlosen sozialen Verelendung bewahren können.

Die kommenden Tage und Wochen müssen daher für eine gesteigerte Werbearbeit ausgenutzt werden. Die reaktionären Kräfte, die glauben, die deutsche Arbeiterklasse völlig entechnen und ihre Errungenschaften zerschlagen zu können, sollen und müssen auch die Bergarbeiter gerüftet finden!

Tarifstreitfragen für das rheinische Braunkohlenrevier.

Die Tarifstreitfragen für das linksrheinische Braunkohlenrevier sind nunmehr, nachdem sich die Verhandlungen über den ganzen Monat Mai hingezogen haben, in freier Vereinbarung zum Abschluß gekommen. Durch die Notverordnung vom Dezember 1931 war das Lohn- und Arbeitszeitabkommen sowie der Rahmenvertrag bis zum 30. April 1932 verlängert worden. Das Arbeitszeitabkommen wurde mit Rücksicht auf die zu erwartende Notverordnung über die vierzigstündigen Woche verlängert. Das Lohnabkommen läuft unverändert auf unbestimmte Zeit weiter und kann mit monatlicher Kündigungsfrist zum Monatsende gekündigt werden.

Zum Rahmenvertrag hatten beide Parteien eine Reihe Änderungsanträge vorgelegt. Da die Arbeitgeber erhebliche Verschlechterungen herbeiführen wollten, war es erst nach längerer Verhandlung möglich, zu einer Einigung zu kommen. Am härtesten umstritten waren die Urlaubsfrage, Feiertage und Deputat für die Invaliden.

In der Urlaubsfrage wurde der Urlaubsanspruch für die Gruppen mit zwei- bis fünfzehnjähriger Tätigkeit um einen Tag gekürzt. Arbeiter, welche eine fünf- bis zwanzigjährige Tätigkeit nachweisen können, behalten ihren Urlaubsanspruch bei. Für die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge bleibt ebenfalls der Anspruch auf vier Tage bestehen. Für abkehrende Arbeiter, welche wegen Arbeitsmangel entlassen werden, konnte eine Verbesserung erzielt werden. Sie erhalten, wenn sie vor dem 1. Oktober entlassen werden, die Hälfte des ihnen zustehenden Urlaubs, und wenn sie nach dem 1. Oktober zur Entlassung kommen, haben sie

Anspruch auf den vollen Urlaub. Die Urlaubsvergütung bleibt in der bisherigen Höhe bestehen.

Bei der Feiertagsregelung wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß alle Ueberstunden und Ueberstunden an Werktagen, welche über 40 Stunden in der Woche hinausgehen, abgeleitet werden können.

In der Deputatfrage für Invaliden konnte eine Verschlechterung abgewehrt werden.

Der Vertrag läuft unfündbar bis zum 31. März 1933 und kann zu diesem Termin mit zweimonatiger Frist gekündigt werden.

Kameraden! Es ist den Gewerkschaften gelungen, erhebliche Verschlechterungen, welche von den Arbeitgebern gefordert wurden, abzuwehren. In jeder Verhandlung, welche um Tariffragen geführt wird, muß in jede einzelne Position hartnäckig und gekämpft werden. Auch in diesen Verhandlungen um unseren Tarifvertrag für das linksrheinische Braunkohlenrevier wurde um jede einzelne Position gerungen. Mancher Bergarbeiter versteht und begreift es nicht und glaubt mit einer Handbewegung darüber hinweggehen zu können. Diese Einstellung ist falsch. Die Bergarbeiter müssen restlos erkennen, daß es ganz besonders in der heutigen Zeit schwer ist, das Bestehende zu erhalten, aber es noch viel schwerer ist, Verbesserungen durchzusetzen. Der sicherste Schutz für unseren Tarifvertrag sind die Gewerkschaften, und deshalb ist es auch notwendig, daß alle Bergarbeiter sich restlos den Gewerkschaften anschließen, damit der Tarifvertrag für die Bergarbeiter erhalten bleibt.

Vorstand der Reichsnappschafft zur Lage der Knappschafftsversicherung.

Die Sanierung der knappschafflichen Pensionsversicherung durch Zuwendung von 70 Mill. M. Reichshilfe und durch den Erlaß einer Änderung der Satzung durch den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald war in der Notverordnung vom Juni 1931 nur für die Zeit bis zum 31. März 1932 vorgesehen. Wie der Knappschafft über den 31. März 1932 hinaus geholfen werden sollte, stand noch nicht fest. Der Vorstand der Reichsnappschafft, der für die weitere Gewährung der knappschafflichen Leistungen sich Sorgen machen mußte, hat in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister hierzu folgendermaßen Stellung genommen:

„In dem Schreiben vom 9. März ersucht der Herr Reichsarbeitsminister den Vorstand, von sich aus für die Abwendung der Gefahr, daß die knappschaffliche Pension ab 1. April nicht mehr voll zur Auszahlung gelangen kann, das Geeignete zu unternehmen. Der Vorstand, der mit Beforgnis die Entwicklung der finanziellen Lage aller Zweige der Knappschafftsversicherung verfolgt, ist der Auffassung, daß die andauernde Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Bergbaues ihm unmöglich mache, die Gefahr allein mit eigenen Maßnahmen abzuwenden. Die gegenwärtige Grundlage für die Beitragserhebung und Be-

messung der Leistungen der Arbeiterpensionskasse ist der Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers vom 15. Juli 1931. Der Abbau von Belegschaften, die vermehrte Einlegung von Feiertagen und die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 angeordneten Lohnsenkungen haben die Einnahmen der Pensionskasse in einem Ausmaß vermindert, daß eine Ausgleichung des Etats, die zuletzt durch den Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers vom 15. Juli 1931 vorgenommen wurde, selbst dann nicht möglich ist, wenn der Beitrag von 6 Mill. M. monatlich vom Reiche der Knappschafft auch über den 1. April 1932 hinaus überwiesen wird. Auch die inzwischen eingetretenen Ersparungen durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ändern die Gesamtlage nicht, weil die Ersparnis nur 1,7 Prozent ausmacht, während die Fehlbeträge, die über den Reichszuschuß hinaus entstanden sind, 20,5 Prozent betragen.

Der Vorstand könnte den Fehlbetrag nur auf dreierlei Art beseitigen. Entweder müßte er

1. den Beitrag erhöhen oder
2. die Leistungen auf Grund des § 132 RRG. mindern oder
3. den Fehlbetrag aus den Reserven zu decken.

Die Erhöhung des Beitrages hält der Vorstand im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für tunlich. Die Abfahrschwierigkeiten, die sinkenden Löhne und die große Zahl von Feterlichichten haben den Lohn der Bergarbeiter auf eine so niedrige Stufe herabgedrückt, daß es sich nicht verantworten läßt, von den vermehrten Löhnen einen höheren Beitrag für die Pensionskasse erheben.

Die zweite Maßnahme würde die Herabsetzung der Leistungen der Pensionskasse um 23 Prozent bedingen. Nach den Erfahrungen der Hauptversammlung des letzten Jahres ist ausgeschlossen, daß die Vertreter der Versicherten einer Satzungsänderung, die einen solchen Abbau vorsieht, zustimmen würden. Der Vorstand ist aber auch selbst einstimmig der Meinung, daß durch weitere Leistungsminderungen die Knappschafftsversicherung nicht funktionsfähig werden kann, weil die Leistungen nicht mehr im angemessenen Verhältnis zu den Beiträgen ständen.

Als letzte Maßnahme käme die Deckung des Fehlbetrages aus den Reserven in Frage. Das Ausbleiben der Gelder der Bergbrüning hat die Reichsnappschafft 1930 gezwungen, an die flüssigen Gelder der anderen Versicherungszweige zur Deckung der damaligen Fehlbeträge zurückzugreifen. Nach dem Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers vom 1. Oktober 1930 (Nr. 94) waren zunächst bei der Krankentasse und bei der Sonderanleihe der Invalidenversicherung Ueberbrückungskredite in Anspruch genommen worden. Da die Invalidenversicherung selbst notleidend geworden ist, blieben zur Aushilfe nur noch die Gelder der Krankentasse übrig.

Durch die mit dem dortigen Erlaß vom 15. Juli 1931 angeordnete Herabsetzung der Beiträge in der Krankentasse sind auch hier die flüssigen Mittel völlig aufgebraucht. Ein Verkauf der Wertpapiere ist leider durch die allgemeine wirtschaftliche Lage ebenfalls unmöglich geworden. Einmal ist es überhaupt nicht möglich, größere Posten von Wertpapieren unterzubringen, und dann bedeuten die angebotenen Kurse geradezu eine Verschleuderung der Werte. Irigendwelche nennenswerten Beträge können hierdurch nicht flüssig gemacht werden. Nun auf Grund eines besonderen Abkommens ist es gelungen, die Auszahlung der Versicherungsleistungen für den Monat April einen Kredit von 3 Mill. M. zu erhalten.

In der Angestelltenpensionskasse liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch hier müßten die Leistungen im Durchschnitt um 2 Prozent gesenkt werden. Da aber durch eine solche Maßnahme auch hier die Sanierung auf die Dauer nicht möglich ist, bitten der Vorstand die Reichsregierung dringend, den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Pensionsklassen durch geeignete Maßnahmen abzuwenden.“

Dieser Stellungnahme stimmten auch die Arbeitgebervertreter zu. Die monatliche Zuwendung des Reiches, wie sie bis zum April 1932 vorgekehrt war, wurde der Knappschafft auch über diesen Zeitpunkt hinaus gewährt. Bei einer Besprechung der Vertreter der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium haben die Vertreter unseres Verbandes Hilfe für die Knappschafft in einem Ausmaß gefordert, daß weitere Leistungsminderungen nicht mehr vorgenommen werden brauchen. Vom Reichsarbeitsministerium ist auch weitergehende Hilfe für die Knappschafft in Aussicht gestellt worden. Inzwischen ist jedoch die Regierungskrise eingetreten. Nach allem, was bisher darüber verlautbart worden ist, muß damit gerechnet werden, daß die neue Regierung mehr als die Brüning-Regierung Abstriche in sozialpolitischer Hinsicht vornehmen wird. Die Bergarbeiter werden deshalb mehr als bisher auf dem Posten sein müssen, um ihre erkämpften Errungenschaften der Knappschafftsversicherung zu halten.

Auch der amerikanische Bergmann in Not.

Vom Internationalen Bergarbeiterverband erhalten wir nachstehendes Schreiben, das erkennen läßt, wie die große Weltkrise auch in Amerika immer mehr auf die Bergarbeiter drückt. Das ist bester Beweis dafür, daß es sich zur Zeit um eine Krise handelt, die nur in internationaler Zusammenarbeit ihre Lösung finden kann. Vielleicht darf der Bericht aber auch diejenigen zum Nachdenken anregen, die da glauben, daß der Verband schuld sei an der Notlage der Deutschen Bergarbeiter.

„In den Anthrazitbergbauerevieren, die zum Organisationskreis der »United Mine Workers of America« gehören, befehlen sich die Bergwerksbesitzer, die Frage der Tarifverträge aufzuwerfen mit dem Zweck, die Löhne herabzusetzen. Wir haben bis jetzt Widerstand geleistet und werden so fortfahren. In normalen Zeiten sind ungefähr 150 000 Arbeiter in den Anthrazitgruben beschäftigt, von denen heute 40 000 vollständig und die anderen teilweise arbeitslos sind. Demzufolge sind die Bergarbeiter im tiefsten Elend und unsere Organisation bietet alle ihre Kräfte auf, ihre Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen zu vermeerhen.

In den Steinkohlenrevieren Indianas und Illinois ist unter Tarifvertrag am 1. April abgelaufen. Die Grubenbesitzer der »Strip-plans« Indianas haben die Verträge mit Unrechthabhaltung des alten Lohnsatzes, d. h. 6,10 Dollar pro Tag, unterzeichnet. Die tiefen Staatsgruben sind geschlossen. In Illinois ist die Arbeit in allen Gruben stillgelegt, da in bezug auf den Abschluß des Tarifvertrages keine befriedigende Lösung erreicht werden konnte. Die Unterhandlungen sind jedoch nicht unterbrochen. Im Staat Ohio ist zwecks Erlangung von passendem Lohnsatz und tariflichen Verbindungen ein Streik ausgebrochen, an dem ungefähr 25 000 Arbeiter beteiligt sind. Es gibt Streiks in anderen Bergwerksrevieren des Landes, nämlich in Kentucky, in Pennsylvania und in Virginia. Die gefährliche Lage in den Steinkohlenrevieren ist fortwährend sehr schlimm, was eine Ausdehnung der Arbeitslosigkeit zur Folge hat und die »Non-Union«-Unternehmer (Betriebe, in denen es keine Organisation gibt) veranlaßt, taun ihre Arbeiter zu bezahlen.

In Neu-Schottland (Kanada) war der Tarifvertrag vor zwei Monaten abgelaufen, aber er wurde verlängert, in der Erwartung eines Berichtes, der von einem von der kanadischen Regierung ernannten königlichen Komitee erstatter werden soll. Dieses Komitee hat eine zehnprozentige Lohnreduzierung vorgeschlagen, sowie das Schließen einer Reihe von Gruben. Die Bergarbeiter Neu-Schottlands werden am 8. April zusammenkommen zwecks Stellungnahme betreffs des Berichtes des königlichen Komitees.

Im Bundesparlament bemühen wir uns um die Annahme des Gesetzentwurfes Davis-Kelly's, das eine gewisse Regulierung, Stabilisierung und Kontrolle der Steinkohlenindustrie vorsieht. Im Augenblick, da wir den gegenwärtigen Bericht aufstellen, bietet sich die Möglichkeit, daß er angenommen werde.

Im allgemeinen ist die Lage in diesem Lande schlecht. Die Arbeitslosigkeit wird auf ungefähr neun Millionen geschätzt. Die Arbeitslosenversicherung fehlt hier und, um unsere Arbeiter vor dem Hunger zu bewahren, sehen wir uns gezwungen, durch Vermittlung unserer Organisationen Hilfgeld einzusammeln. Die auf diese Weise eingesammelten Gelder sind jedoch bei weitem nicht hinreichend, den Arbeitern gehörig in der Not zu unterstützen.

Das Seilfahrtunglück auf der Zeehe Dorfsted.

II.

Aus den Vorschriften über die Prüfung der Seilfahrtvorrichtungen greifen wir folgende heraus:

Förderseile (Oberseile), § 48. „1. Jedes Förderseil und Gegengewichtsseil muß den nachstehenden täglichen, wöchentlichen und sechswöchentlichen Prüfungen unterworfen werden:

- a) die tägliche Seilprüfung ist vor Beginn der regelmäßigen Seilfahrt der Frühfahrt vorzunehmen. Bei dieser Prüfung darf die Geschwindigkeit nicht mehr als 1 m/s betragen;
- b) die wöchentliche Seilprüfung ist bei hellem Tageslicht oder hellem künstlichen Licht derart vorzunehmen, daß das Seil mit einer Geschwindigkeit von nicht mehr als 0,5 m/s unmittelbar vor dem Prüfenden vorbeizubewegen ist;
- c) die sechswöchentliche Seilprüfung ist durch die hiermit beauftragte Aufsichtsperson nach den für die wöchentliche Prüfung geltenden Bestimmungen vorzunehmen, nachdem das Seil von der anhaftenden Schmutzkruste (verhärtete Seilschmiere) befreit ist.

Außerdem sind einzelne Seilstellen, besonders solche, die erfahrungsgemäß am meisten leiden, oder an denen sich mehrere Drahtbrüche zeigen, wenigstens aber auf 100 Meter Seillänge zwei Stellen im Zustande der Ruhe zu besichtigen. Diese Stellen sind vorher so gründlich zu reinigen, daß die Abnutzung jedes einzelnen Drahtes an den Außenstellen erkennbar ist;

d) die sechswöchentliche Prüfung kann mit der jeweils fälligen wöchentlichen Prüfung verbunden werden.“

§ 49. „1. Die Zeitpunkt und Ergebnisse der wöchentlichen und sechswöchentlichen Seilprüfungen sowie der Seilprüfungen nach längeren Betriebsunterbrechungen sind in das Seilprüfungsbuch einzutragen, die der täglichen Prüfungen nur insoweit, als hierbei Schäden entdeckt worden sind.“

2. Die Lage der festgestellten Drahtbrüche ist hierbei in sichtlicher Darstellung festzuhalten. Die bildliche Darstellung ist mit dem Seilprüfungsbuche zu verbinden.“

Die Prüfung der Fangvorrichtungen ist in § 53 vorgehoben.

„1. Die Fangvorrichtungen sind täglich zu prüfen. 2. Wöchentlich ist die Gangbarkeit der Fangvorrichtungen in der Weise zu prüfen, daß sie bei Ruhelage des Korbes zum Einpflegen gebracht werden.“

3. Alle sechs Wochen sind die Fangvorrichtungen einer Prüfung bei heller Beleuchtung durch eine maschinentechnisch vorgebildete Aufsichtsperson zu unterziehen. Das Ergebnis der Prüfung ist in das Seilprüfungsbuch einzutragen.

4. Die Federn der Fangvorrichtungen sind jährlich auszubauen und zu prüfen.“

Das Zwischengeschirr muß gemäß § 54 folgendermaßen geprüft werden: „1. Die Zwischengeschirre zwischen Förderseil und Förderkorb einschließlich der Befestigung der Förderseile sind täglich zu prüfen.“

3. Die Zwischengeschirre zwischen Förderseil und Förderkorb sind jährlich vollständig auszubauen; die einzelnen Teile sind auf Rostflecken, Festrosen, Unbrüche und Zumindehränderungen zu prüfen. Nicht einwandfreie Teile sind dabei auszuwechseln. Bolzen, Laschen, Ketten und dgl. sind alle zwei Jahre sorgfältig auszuwechseln und nach zehnjähriger Betriebszeit zu ersetzen.“

4. Das Ergebnis der jährlichen Prüfungen nach Abs. 3 ist in das Seilprüfungsbuch einzutragen sowie dem Bergrevierbeamten schriftlich mitzuteilen.“

In den Ausführungsbestimmungen wird ferner gesagt, daß die jährlich vorgesehene Prüfung zweckmäßig von Personen vorzunehmen ist, die über größere Erfahrungen verfügen, also von erfahrenen Eisenerkennern oder den Seilprüfungstellern. Auch darf das Ausgühen nur von anerkannt erfahrenen Firmen ausgeführt werden.

Es kommt nun darauf an, ob und wie die hier vorgeschriebenen Prüfungen des Zwischengeschirrs erfolgt sind. Das Seilprüfungsbuch muß dieses ausweisen. Auf alle Fälle scheint hier ein Mangel in der Vorschrift vorzuliegen, wenigstens hätte man für die ohne Notketten in Betrieb befindlichen Zwischengeschirre bedeutend kürzere Prüfungsfristen festlegen müssen. Bemerkenswert ist, daß diese Vorschriften das Ergebnis jahrelanger Beratungen in der Seilfahrtkommission sind. Diese Bestimmungen sind ferner mit ausgiebigen Ausführungsbestimmungen und Berechnungszahlen versehen. Man glaubte damals nun, alle Vorbehalte getroffen zu haben, um Unfälle möglichst zu verhüten. Besteht den hier vorgesehene Prüfungen ist noch eine außerordentliche jährliche Prüfung der gesamten Seilfahrtanlagen unter Hinzuziehung des Betriebsrats vorgehoben. Diese Befugnis ergab sich aus einem Antrag von Hufemann und Genossen im Preußischen Landtag im Jahre 1922. Wann diese Prüfung stattfand, wissen wir im Augenblick nicht.

Ein Wort noch zu der hier vorhandenen Längenausgleichsvorrichtung. Nach unserer Ansicht bedarf es zum Längenausgleich solcher empfindlicher Vorrichtungen mit Schrauben nicht. Der notwendige Ausgleich kann auch mit auswechselbaren Laschen von verschiedener Länge erfolgen. Die im Bild der vorigen Nummer eingezeichnete Lasche L dient ja auch diesem Zweck bei Auflegung eines neuen Seiles, das bekanntlich in den ersten Tagen sich sehr stark längt. Die Stellschrauben sollen nur dem Längenausgleich bei Temperaturveränderungen dienen. Aber auch diese Längenunterschiede können durch Laschen, die viel zuverlässiger sind, reguliert werden.

Und nun zur Fangvorrichtung. Es ist falsch, generell zu sagen, daß die Fangvorrichtung der Sumpflage sei. Die Berichte des Grubenoberbergsamtes weisen uns nach, daß die Fangvorrichtungen in sehr vielen Fällen gute Arbeit leisten. Bedauerlicherweise geschieht das nicht immer und als wollte es das böse Schicksal, sie verlagern fast immer, wenn Menschen befördert werden. Das Verlagern der Fangvorrichtungen wird vielfach beim Seilriss auf den am Korb hängengebliebenen Seilswanz zurückgeführt, der beim herabfallenden Korb im Schacht hin und her peitscht und dadurch die Lösung der Fangvorrichtung unterbindet. Im vorliegenden Falle bestanden die günstigsten Bedingungen für den Eingriff der Fangvorrichtung, weil der so gefürchtete Seilswanz gar nicht vorhanden war. Warum funktionierte die Fangvorrichtung nicht? Mit der Frage wird man sich noch mehr beschäftigen müssen. Aber eins scheint uns schon einen Fingerzeig zu geben: die Körbe hatten Koppführung, so daß die Spurenlatten an den Anschlüssen bekanntlich unterbrochen sein mußten. Höchstwahrscheinlich haben sich im Augenblick des Abgleitens die Fangklauen an einer unterbrochenen Stelle befunden, so daß sie ins Leere griffen. Als dann die bereits geschlossenen Fangbäden auf die mit Eisen bewehrten Spurenlatten aufschlugen, sind sie entweder übergeklinkt oder abgebrochen. Zur Stunde ist uns bekannt, daß eine der vier Fangbäden abgebrochen vorgefunden wurde. Näheres muß noch die Untersuchung ergeben. Wir werden, falls uns die Sache wichtig genug erscheint, noch einmal darauf zurückkommen.

Noch eine Bemerkung im eigenen Interesse. Wir haben gemäß nichts dagegen, wenn sich auch Pressebüros um die Verbreitung unserer Feststellungen bemühen. Unfair ist es aber, wenn man unter dem Druck unserer Meldungen, noch bevor sie die breite Öffentlichkeit erreichen, auch noch von der Gegenseite Zetteln herauszuquetschen versucht. Die Möglichkeit liegt in der großen Zeitdifferenz zwischen erster Drucklegung und dem Erscheinungsdatum unserer Zeitung infolge großer Auflage und des großen Verbreitungsgebietes. Die gleichzeitige Veröffentlichung unserer Meldungen mit den Ansichten der Gegenseite hat aber wohl ihre Ursachen nicht allein im Geldverdienen, sondern auch in der Absicht, unsere Angaben sofort zweifelhaft und zum mindesten getrübt erscheinen zu lassen, da die Gegenseite um Ausreden und Abschwächungen nie verlegen ist. Schudy.

Kameraden!

Der Angriff der Unternehmer auf eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse zeigt mit aller Deutlichkeit das brutale Gesicht des Kapitalismus!

Jetzt haben sie sich auch eine willige Regierung geschaffen!

Deshalb laßt uns alle an die Arbeit gehen, um die Organisation zu stärken, um mit ihr die Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Wir greifen den Indifferentismus an! Wir organisieren nicht nur aktiv Beschäftigte, sondern

wie organisieren auch arbeitslose Bergarbeiter!

Gemeinsam wollen wir — aktiv Beschäftigte und Arbeitslose — versuchen, unseren Einfluß so zu stärken, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigt wird, um so der ungeheuren Not ein Ende zu machen.

Vom 12. bis 26. Juni d. J. lautet für alle Verbandskameraden die Parole:

Wir greifen den Indifferentismus an!

Organisiert die Arbeitslosen!

Wohl in den meisten Arbeitstellen ist die Frage über die Aufnahme der arbeitslosen Bergarbeiter in unseren Verband diskutiert worden. Alle Auffassungen und Fragen, die damit im Zusammenhang standen, blieben nur Diskussionsfragen, solange nicht bestimmte Veränderungen im Verbandsstatut vorgenommen wurden. Daß bei der schweren Belastung unseres Verbandes durch Arbeitslosigkeit und dauernde Kurzarbeit die Frage nicht so einfach zu klären ist, muß jedem Einsichtigen klar sein.

Begrüßenswert ist deshalb die Mitteilung des Verbandsvorstandes in Nummer 22 vom 28. Mai 1932 unserer Zeitung. Damit ist uns die Möglichkeit gegeben, arbeitslose Kameraden für den Verband zu gewinnen. War es bisher unmöglich, die große Zahl der arbeitslosen Kameraden in unserem Sinne zu erfassen, so dürfte es jetzt leicht sein, sie zu bearbeiten. Für den Beitrag von 5 Pf. pro Woche wird unsere Zeitung geliefert und Rechtschutz erteilt, eine Gegenleistung, die sich wohl sehen lassen kann. Die „hohen“ Beiträge, die uns bei der Agitation so oft entgegengehalten werden, sind also durchaus nicht mehr stichhaltig. Können wir auf Grund der niedrigen Beiträge auch den neuen arbeitslosen Mitgliedern nicht dieselben Ansprüche unserer Unterstüßungseinrichtungen gewähren, so können wir sie zunächst doch für unseren Kampf ideologisch beeinflussen, sie wirtschaftlich und gemeinschaftlich schulen. Dazu dient in erster Linie unser Verbandsorgan. Auch die Zahlstellenversammlungen und sonstige Veranstaltungen des Verbandes sind Schulungs- und Aufklärungsfaktoren, die die Verbandszugehörigkeit und den Kampfeswillen festigen und fördern. Es ist zweifellos gute Vorarbeit für spätere Zeit, die hier geleistet werden kann. Erfassen wir die arbeitslosen Kameraden und versuchen wir, sie für unsere Sache zu gewinnen, sie durch Wort und Schrift für unseren Kampf reif zu machen, so werden wir sie von dem unheilvollen Einfluß der Phrasendrescher von rechts und links schützen können. A. Hoffmann.

Wer wünscht das Wort?

Unsere Funktionärzeitschrift „Verband und Wirtschaft“ hat neuerdings Diskussionspaltten eingerichtet, in denen sich jeder über Fragen des Verbandslebens und der Verbandspolitik aussprechen kann, um damit aktiver an der Förderung der Verbandsache teilzunehmen. Der erste Diskussionsbeitrag stammt vom Kameraden Schüttigkeit (Bochum) und wurde in der Mai-Nummer veröffentlicht. Um weitere Wortmeldungen wird gebeten!

Stoff dazu liefern vielleicht schon die übrigen Beiträge in „Verband und Wirtschaft“.

Die Mai-Nummer enthält folgende Themen:

- „60 Jahre Arbeitsmarkt im Ruhrbergbau“.
- „Nachkriegskapitalismus“.
- „Abschlüsse im Staatsbergbau“.
- „Wirtschaftskrieg wider besseres Wissen“.
- „Wellkohlenproduktion“.
- „Streiks gegen Entlassungen?“
- „Mit der Statistik läßt sich alles beweisen“.

Das letztere Thema ist gar nicht so groß, wie es klingt. Es behandelt den Zahlenteil unserer Zeitschrift, der diesmal in neuer, übersichtlicher Anordnung erschien. Dieser statistische Fahrplan wird allen nützen, die wissen wollen, wohin die Reise in Politik und Wirtschaft geht. Dafür ist übrigens die ganze Zeitschrift „Verband und Wirtschaft“ eine lehrreiche Reiseliteratur.

Der Kalikonern Salzdetfurth im Krisenjahr 1931.

Behaupteter Rohgewinn, aber höhere Abschreibungen. 20 Millionen Mark Bankguthaben.

Die jetzt veröffentlichten Geschäftsberichte der drei Aktiengesellschaften des Salzdetfurth-Konzerns: Salzdetfurth, Wschersleben und Westeregeln, geben ein zuverlässiges Bild über die Absatzentwicklung des deutschen Kalisyndikats. Der Gesamtumsatz des Syndikatsabzuges im abgelaufenen Jahre von 13,57 auf 9,64 Mill. D. Reinkali beträgt demnach 20 Prozent. Während der Inlandabsatz sich um 20,9 Proz. gegenüber dem Vorjahre ermäßigte, ging der Absatz ins Ausland in gleicher Zeit um 42 Prozent zurück. Auch in den Verkaufserlösen sind infolge der Entwertung des deutschen Pfundes und anderer Währungen sowie durch Bemilligung von Frachtwerteilen an die inländischen Abnehmer erhebliche Rückgänge gegenüber 1930 eingetreten. Am Gesamtumsatz waren wieder 229 Kalikwerte beteiligt, von denen sich Ende 1931 nur 42 Werke in Betrieb befanden.

Die Kalikwerte Salzdetfurth AG. weisen einen Rohgewinn von 7,38 (i. V. 8,28) Mill. M. aus, dagegen erforderten allgemeine Geschäftsunkosten 0,91 (i. V. 1,27) Mill. M., Steuern und sonstige Lasten 0,73 (1,25) Mill. M. und Anleihezinsen 0,59 (0,61) Mill. M. Die Abschreibungen wurden auf 2,59 (0,93) Mill. M. erhöht, wovon allein auf die Beteiligungen 1,85 Mill. Mark entfallen. Dieser stark erhöhte Abschreibungsbedarf ist auf die große Aktienbeteiligung von Salzdetfurth an den Kalikwerten Wschersleben und Westeregeln zurückzuführen, die eine erhebliche kursmäßige Abwertung im abgelaufenen Geschäftsjahre erfahren hat. Nähere Erörterungen werden hierzu leider nicht gegeben, wie überhaupt der Geschäftsbericht sich einer großen Publizitätsreserve auferlegt. Einschließlich des Gewinnportrages ergibt sich ein Reingewinn von 2,75 Mill. M., aus dem auf die Stammaktien 9 (15) Prozent und auf die Vorzugsaktien wie im Vorjahre 6 Prozent Dividende verteilt werden. Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates für 1931 beziffern sich auf 543 942 M. An Bankguthaben und Guthaben bei Syndikaten werden 5,93 Mill. M. ausgewiesen.

Die Kalikwerte Wschersleben AG. schließen das Geschäftsjahr 1931 mit einem Rohgewinn von 8,33 (i. V. 8,57) Mill. M. Die allgemeinen Unkosten erforderten 1,01 (1,30) Mill. Mark, Steuern und soziale Lasten 1,40 (1,99) Mill. M. und Anleihezinsen 1,12 (1,15) Mill. M. Nach Abschreibungen in Höhe von 3,49 (1,92) Mill. M. ergibt sich einschließlich des Gewinnportrages ein Reingewinn von 1,57 (2,47) Mill. M. Die erheblichen Mehraufwendungen für Abschreibungen entfallen auf Maschinen und Apparate. Das Werk Wschersleben mußte stillgelegt werden, da sich der Betrieb infolge des starken Absatzrückganges in schwefelurem Kali nicht mehr lohnte. Die Maschinen und Apparate sollen in anderen Konzernbetrieben verwendet werden. Aus dem vorerwähnten Reingewinn werden auf die Stammaktien 6 (10) Prozent Dividende und auf die

Vorzugsaktien wieder wie im Vorjahre 6 Prozent Dividende verteilt. Die Bankguthaben und Guthaben bei den Syndikaten haben gegenüber dem Vorjahre sogar eine Erhöhung um etwa 600 000 M. auf 8,52 Mill. M. erfahren.

Die AG. Konsolidierte Kaliwerke Westeregeln verzeichnen einen Betriebsgewinn von 7,47 (i. V. 7,05) Mill. M. Die Handlungsunkosten beziffern sich auf 3,71 (3,21) Mill. M. An Abschreibungen wurden 2,30 (1,63) Mill. M. vorgenommen. Infolge einer vorgenommenen Betriebsumstellung hat man die Abschreibungssumme auf Maschinen und Apparate gegenüber dem Vorjahre stark erhöht. So wurde auf den Werken von Westeregeln die Chlorkalium- und Sulphaterzeugung mit Jahresfluß eingestellt und auf dem Werk Siegmundshall wegen Absatzmangels der Betrieb stillgelegt. Aus dem sich einschließend Gewinnvortrag ergebenden Reingewinn von 1,70 (2,45) Mill. M. werden 6 (10) Prozent Dividende auf die Stammaktien und wieder 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien ausgeschüttet. Die Gesamtbezüge des Vorstandes und Aufsichtsrates belaufen sich auf 320 561 M. Die Bankguthaben betragen bei Westeregeln 6,08 (8,99) Mill. M.

Wenn auch infolge des verringerten Geschäftsumfanges im abgelaufenen Geschäftsjahr die Betriebskosten in den Bilanzen der Konzerngesellschaften etwas zurückgegangen sind, so ist die Liquidität des Salzdetfurth-Konzerns durch die Wirtschaftskrise unerschütterlich geblieben, denn überall in den Konzernwerken übertreffen die ausgewiesenen Bankguthaben bei weitem die laufenden Verbindlichkeiten. Besondere Beachtung verdienen die jetzt erstmalig ausgewiesenen Zuwendungen an die Mitglieder der Vorstände und der Aufsichtsräte der Konzerngesellschaften, die sich auf die statische Höhe von über 1,2 Mill. M. belaufen. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die Generaldirektoren von Wschersleben und Westeregeln gleichzeitig Generaldirektoren von Salzdetfurth sind und somit als Doppelbediener riesige Einkommensbezüge haben dürften. In Anbetracht der Zeitverhältnisse wäre es wohl angebracht, wenn diese Herren auf einen Teil ihrer Riesengehälter zugunsten der sozialen Interessen der Arbeitnehmererschaft verzichten würden.

Im übrigen nimmt der Salzdetfurth-Konzern als zweitgrößter deutscher Kalikonern in jeder Hinsicht gegenüber allen übrigen Konzernen eine Spitzenstellung ein. Bei einem Gesamtaktienkapital von etwa 72 Mill. M. ist er noch in der glücklichen Lage, neben bedeutenden stillen Reserven ein Bankguthaben von mehr als 20 Mill. M. zu unterhalten. Gerade die jetzt vorliegende Bilanz des Krisenjahres 1931 ist ein sichtbarer Beweis dafür, daß bei einigermaßen vernünftiger Wirtschaftsführung die deutsche Kalindustrie in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine Vorrangstellung unter allen Industriezweigen Deutschlands einnimmt.

Rasseler Braunkohlenrevier. Gegen die RGD.-Verleumder!

Die Funktionäre des Verbandes werden in der letzten Zeit auf der Grube Altenburg von den kommunistischen RGD.-Drahtziehern in einer ganz gemeinen und gehässigen Art verfolgt.

Der Betriebs- und Arbeitererrat besteht nur aus Mitgliedern des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter, die bis jetzt in dem Kampf um die Verbesserung des Löhnes der Bergarbeiter ihre ganze Kraft einsetzten. Die Handvoll RGD.-Leute versucht nun schon seit Jahr und Tag, Zerspaltung in die geschlossene Front der organisierten Bergarbeiter auf Grube Altenburg hineinzutragen, aber bislang ohne Erfolg. Das mag wohl den Moskowitern schwer in die Glieder gefahren sein. Deshalb greift man in den letzten Wochen zu den gemeinsten Mitteln der Lüge und Demagogie. Die Führung hat hierbei ein gewisser Joseph Schmidt, ausgezogen aus dem Ruhrgebiet, geboren im Saargebiet, seines Zeichens Kandidat zum Preußischen Landtag.

Dieser Herr Landtagskandidat spielte schon einmal auf Grube Altenburg eine besondere Rolle, auf die noch später eingegangen wird.

In den letzten Wochen verkauften diese Drahtzieher in dem Betriebe der Grube Altenburg eine Betriebszeitung der RGD., „Der rote Berg-Kumpel“ (Nr. 1), zuerst für 10 Pf. Da der Absatz sich nicht lohnte, fand eine Preisreduzierung auf 5 Pf. statt.

Der Inhalt dieser Zeitung strotzt nur so von Lügen, Gemeinheiten und Gesetzesirrtümern der RGD.-Leute gegen unsere Funktionäre im Arbeiterrat und gegen unsere Verbandsangestellten, den Kameraden **Böcker**. Die Ursache ist eine Arbeiterratsitzung, welche am 18. April d. J. gemeinsam mit der Betriebsleitung stattfand. In dieser Sitzung wurde unter Beisein unseres Kameraden **Böcker** eine Vereinbarung über Einführung des Krümpersystems getroffen. Die Betriebsleitung hatte sich, da wegen Einschränkung des Betriebes Entlassungen erforderlich waren, gemäß § 74 BKB. mit dem Betriebsrat ins Benehmen gesetzt, um Härten zu vermeiden. Man einigte sich dahingehend, zunächst noch weitere Kameraden zu entlassen und dadurch das Arbeitslosenheer zu vermehren, das Krümpersystem einzuführen. Die gemäß § 89 b ABBG. notwendige Vereinbarung lautet wie folgt:

Vereinbarung

zwischen dem Arbeiterrat und der Betriebsleitung der Grube Altenburg über die Einführung des Krümpersystems im Tagesbetrieb.

1. Um nach Beendigung des Staublohtbetriebes und einiger Außenarbeiten weitere Entlassungen zu vermeiden, trifft der Arbeiterrat der Grube Altenburg mit der Betriebsleitung über die Einführung des Krümpersystems im beschränkten Umfang, und zwar zunächst für die Abteilung Tagesbetrieb ohne Werkstatt, folgende Vereinbarung unter der Voraussetzung, daß die Möglichkeit für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung ganz wegfällt, die Unterstützung mindestens 50 Proz. der vollen Erwerbslosenunterstützungsfähigkeit beträgt und die Krankenversicherung während der Krümperszeit vom Arbeitsamt aufrechtzuerhalten wird.

2. Zunächst sollen 12 Mann vorübergehend auf vier Wochen entlassen und nach Ablauf dieser Krümperszeit wieder in ihre alte Tarifgruppe aufgenommen werden. Die Arbeitsperiode soll wenigstens das Vierfache der Arbeitsunterbrechung, also 16 Wochen dauern, so daß zunächst $5 \times 12 = 60$ Mann in den Krümperturnus einbezogen werden müssen, bei weiteren Entlassungen entsprechend mehr. Die Reihenfolge bestimmt der Betriebsführer unter möglichster Berücksichtigung persönlicher Wünsche.

3. Die Krümpermannschaft genießt während der Krümperszeit einen Kündigungsschutz, sofern nicht gesetzliche Entlassungsgründe vorliegen.

4. Die Krümperszeit von vier Wochen verlängert sich um die Zeit, die der Arbeiter während der Krümperszeit krankfeiert; das gilt nicht für die durch Unfall verursachten und vom Vertrauensarzt als ernstlich anerkannten Krankheiten.

5. Die Krümperszeit gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Tarifes.

6. Den vorübergehend abkehrenden Leuten wird freigestellt, ihre Gehaltshefte dem Grubenlager gegen Quittung zum Aufbewahren zu übergeben.

7. Das Abkommen kann jederzeit mit vier Wochen Frist gekündigt werden.

Grube Altenburg, den 19. April 1932. (Unterschriften.)

Am 26. April d. J. wurde dann in einer Belegschaftsversammlung von Arbeiterratsvorsitzenden, dem Kameraden **Hansmann**, der Belegschaft Bericht erstattet. Vom Kameraden **Böcker** aus Rassel wurde ergänzend auf die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung und das in diesem Falle am meisten Erfolg versprechende Krümpersystem hingewiesen. Der RGD.-Schmidt hatte sich zu dieser Veranstaltung noch einen Moskauer auswärts herangeholt, welcher aber vom Arbeiterratsvorsitzenden aufmerksam gemacht werden mußte, daß es sich hier nicht um eine politische, sondern um eine Belegschaftsversammlung handle und er gemäß § 47 BKB. keinen Zutritt hätte. Auch die Zehnerverwaltung mußte ihn auf den Hausfriedensbruchparagrafen aufmerksam machen. Nachdem der von Moskau Beauftragte abgezogen war, hielt Schmidt nun keine schmutzige Rede gegen den „Berrat“ des Arbeiterrats und stellte allerlei Agitationsanträge, u. a., daß das Werk einen Teil der Belegschaft entlassen und den Lohn weiter zahlen solle, weil dann die Wirtschaftskrise gelöst wäre.

Bei der Abstimmung erklärten sich nur ganze 12 Mann von der 324 Mann zählenden Belegschaft, also noch nicht 4 Proz., gegen die Einführung des Krümpersystems. Dieses Abstimmungsergebnis hat den Phrasen Schmidt scheinbar aus dem Häuschen gebracht und daher die gemeine Aufseherung unserer Funktionäre in der Betriebszeitung. Dieser Schmidt müßte doch dem Arbeiterrat besonders dankbar sein für die erfolgreichen Bemühungen, daß keine weiteren Entlassungen vorgenommen werden, denn im vergangenen Jahre war er schon einmal bei den infolge Betriebs Einschränkung Gefährdeten; aber dieser „mutige“ Revolutionär und Kämpfer schickte damals seine Frau zum Betriebsführer und ließ bitten, ihn doch im Betrieb zu belassen und dafür seinen Bruder zu entlassen, welchem Verlangen auch stattgegeben wurde. Nachdem der Bruder dann arbeitslos war, durfte er die Wohnung nicht mehr mit dem Bruder teilen. Böse Zungen sagen, weil er das Logisgeld nicht mehr so zahlen konnte wie vormals, als er noch in Arbeit geblieben hätte. Schöne Solidarität der RGD.

Nun noch zu den gemeinen Lügen in der Betriebszeitung ein paar Worte. Es ist gelogen, daß der Betriebsrat gegen den Willen der Belegschaft gehandelt hätte. Beweis: das oben schon angeführte Abstimmungsergebnis. Über 96 Proz. der Belegschaft stehen hinter der Betriebsvertretung.

Es ist ferner gelogen, was über das „Paradies“ der Bergarbeiter in Rußland gesagt ist. Beweis: Die Berichterstattung von zwei Kameraden aus dem Rassel Revier, die aus Rußland zurückkamen und das ganze aus eigener Anschauung kennen lernen.

Es ist ferner gelogen, daß der Kamerad **Böcker** in der Belegschaftsversammlung über Rückgang der Unfallziffern im schlesischen Bergbau gesprochen hat. Beweis: Alle wahrheitsliebenden Versammlungsteilnehmer können bezeugen, daß Böcker nur über Rückgang der Krankenziffern nach der Einführung des Krümpersystems im niederschlesischen Bergbau gesprochen hat.

Es ist ferner gelogen, daß Böcker etwas über Nichturlaubsführung in Schlesien gesprochen hat, sondern nur über die Vereinbarung auf Grube Altenburg.

Es ist ferner gelogen, daß Böcker von der Belegschaft verlangt hätte, sich 1 Proz. vom Lohn abziehen zu lassen, sondern dieser Vorschlag wurde von der Belegschaft gemacht und Böcker hat nur darauf Bezug genommen und erklärt, daß dieses nur auf Grund freier Vereinbarung möglich sei und daß dafür jeder Kumpel der beurlaubt wird, aus der Arbeiterunterstützungsfälle einen Zuschuß erhält. Hiermit haben sich übrigens auch die RGD.-Leute einschließlich ihres Häuptlings Schmidt einverstanden erklärt, denn sonst hätte man sich doch in die auf dem Wert aufgelegte Lüge eintragen müssen, aber keiner hat dazu den Mut gefunden.

Aus dem Bezirk Köln.

Grube Hubertus, Braunkohlen-AG., eine feine Firma.

Am 19. März 1932 wurde den in Frage kommenden Arbeitern von der Verwaltung der Grube Hubertus folgendes Schreiben zugesandt:

„Obwohl von gewerkschaftlicher Seite behauptet wird, daß die Hubertus-AG. sich gerne ein soziales Mäntelchen umhängt, in Wirklichkeit aber erzkreationär ist, wollen wir den alten Brauch festhalten und überreichen Ihnen als Gabe zur Kommunion 30 Mark.“

Mit Glückauf!

Hubertus, Braunkohlen-Werkengesellschaft.“

Am 7. April 1932, bei der Lösung, wurde einem Teil der Arbeiter ein Zettel in die Lohnrüte gelegt, wonach diejenigen Arbeiter, die in der Woche nur vier Schichten verfahren haben, einen Gutschein auf kostenloses Fleisch bekamen, welches in einem bestimmten Geschäft geholt werden müsse. Die Verwaltung begründet diese Maßnahme damit, daß sie für die Not ihrer Arbeiter etwas beisteuern wolle.

Allen Belegschaftsmitgliedern ist nun bekannt, daß besonders unter den höheren Beamten „Heil Hitler!“ und „Juda verrecke!“ geschrien wird. Trotzdem wurden die Fleischheime bei jüdischen Wesslern am Orte eingelöst, einfach aus dem Grunde, weil diese Geschäfte die billigsten waren; auch die in Frage kommenden Beamten kaufen bei diesen Geschäften, trotz ihrem Hüllergeschrei, eben weil sie am billigsten sind.

Alle diese Maßnahmen werden von der Verwaltung nur deshalb ergriffen, um die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, um mit den Arbeitern isolieren und malten zu können, wie es der Verwaltung beliebt. Daß die Verwaltung tatsächlich nicht so sozialdenkend ist, wie sie sich gebärdet, beweisen folgende Vorgänge.

Schon im Jahre 1928 versuchte sie die Zustimmung der Betriebsvertretung dahingehend zu bekommen (§ 5 Abs. 8 des Tarifvertrages), daß den in Frage kommenden Arbeitern die Löhne um einen Teil der Rente gekürzt werden können. Diese Zustimmung ist damals nicht erteilt worden. Jetzt, nach Erlaß der Dritten Notverordnung vom 8. Dezember 1931, glaubte jedoch die Verwaltung, daß ihre Zeit gekommen sei. Einen schwer-Unfallverletzten wurde nunmehr von seiner Rente pro Woche der Betrag von 18,63 M. vom Lohne in Abzug gebracht. Nachdem die Verwaltung diesen Betrag von 18,63 M. in drei Raten in Abzug gebracht hatte, scheint ihr doch die Erläuterung gekommen zu sein, daß sie nicht dazu berechtigt ist. In der letzten Woche des Januar 1932 wurde dem Arbeiter der Betrag von 35,80 M. wieder zuzurückgestellt.

Seit dieser Zeit ist dem in Frage kommenden Arbeiter von jedem Wochenlohne der Betrag von 5 M. in Abzug gebracht worden, was ebenfalls unzulässig war, weil die Verwaltung die Zustimmung der Betriebsvertretung nicht hatte. Weil sich der Arbeiter den Abzug nicht so ohne weiteres gefallen ließ und Klage am Arbeitsgericht einreichte, sandte die Verwaltung dem Arbeiter folgendes Schreiben:

„Wir hatten Ihnen an freiwilliger Weihnachtsgabe im Dezember 1929 46,95 M., im Dezember 1930 36,80 M., im De-

Der Gipfel der Gemeinheit ist es, daß keiner dieser Um die diese Lügen auf das Papier bringen, den Mut ausbrachten, seinen Namen unter die Zeitung zu setzen, denn als veranlaßt hat man den Namen **Böcker** gewählt, um die Kameraden irrezuführen.

Der Kamerad **Böcker** wird als Arbeiterverräter und Nicht-Massenkämpfer hingestellt. Ja Schmidt, Böcker hat seinem Leben trotz 33 Arbeitsstellen noch nie seine Frau und Arbeitgeber geschickt und um gut Wetter beteln lassen. Schmidt spricht soviel und gern vom Marxismus. Wenn dieser Verräter etwas von Karl Marx kennen würde, dann müßte er wissen, Marx vor mehr als drei Vierteljahrhunderten der Gewerkschaftsbewegung ins Stammbuch geschrieben hat:

„Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten angebildet, weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital Lügen geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie welche sie wollen, begeistern die Massen der Arbeiter nur zeitlang vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen festeln die Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, die wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen. Zu der Einsicht ist die große Masse der Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß, mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen.“

Aber das Gegenteil davon tut Schmidt. Die Hauptaufgabe der RGD. und KPD. besteht in der Rechtsmachung der Arbeiterpartei durch die Zerstörung der Gewerkschaften, oder, mit Stalin zu sprechen, durch die Tatsache, daß sie die Festung der Arbeiter zerstören. Der Verräter Schmidt hat ja wörtlich der Betriebsleitung, als er gefragt wurde, was er eigentlich seiner Hege erreichen wollte, gesagt:

„Wir, RGD. und Kommunisten, wollen ja der Arbeiterpartei nicht helfen, sondern noch immer größeres Elend herbeiführen und das Heer der Arbeitslosen noch vergrößern helfen, dann endlich der Umsturz kommt.“

Welchen Umsturz, hat dieser RGD.-Jünger nicht gesagt.

Arbeitskameraden von Grube Altenburg, habt ihr nun bemerkt, was die RGD. mit euch will? Die RGD. ist nicht mehr als eine Zweigstelle der KPD. und nur deshalb gegründet, um eine Einnahmequelle für die KPD. zu schaffen. Einige der RGD.-Schwabenreute sind schon wieder abgehauen, weil ihnen hier scheinbar der Boden nicht behagte.

Wendet euch alle weit ab von dieser Sorte Schmidt und Konjorten, schließt euch dem Verband der Bergbauindustriearbeiter an, denn ihr habt gesehen, daß die Funktionäre des Verbandes eure Interessen vertreten.

zember 1931 36,80 M. gewährt. Sie haben uns jetzt vor dem Arbeitsgericht verklagt und sich damit des großen Unrechts schuldig gemacht. Auf Grund der §§ 530 bis 533 des BGB. würde rufen wir diese Schenkungen.

Die Verwaltung der Grube Hubertus-AG.

Eine Berechtigung zur Zurückforderung des Betrages hat die Verwaltung in keinem Falle, weil es sich um eine Weihnachtsgratifikation handelt, welche seit Jahren an alle Belegschaftsmitglieder gezahlt worden ist, also auch kein besonderes Geschenk für einen einzelnen Arbeiter darstellt.

Nachdem nun in einer neuen Tarifkommmissionsitzung am 26. April 1932 der Grubenverwaltung gefagt werden mußte, daß ihr Verhalten in diesem Falle ungeschickt sei, hat in einer weiteren Sitzung des Arbeiterrates die Sache nunmehr dahingeführt, daß der Arbeiterrat die Zustimmung zur Kürzung der Löhne der in Frage kommenden Arbeiter nicht gibt. Es soll vielmehr in jedem einzelnen Falle verhandelt werden. Nach diesem Beschluß hat nun die Verwaltung eingesehen, daß sie die einbehaltenen Beträge zurückzahlen mußte. Dem Arbeiter ist durch Schreiben vom 17. Mai 1932 mitgeteilt worden, daß ihm der Betrag von 75 M. (für 15 Wochen) im Abzug der 36,20 M. Weihnachtsgeld für 1931 zur Auszahlung gebracht würde. Ueber die Einbehaltung der 36,20 M. Weihnachtsgeld wird demnächst das Arbeitsgericht entscheiden. Den Betriebsratsvorsitzenden glaubte die Verwaltung durch das Arbeitsgericht seines Postens entheben zu können, da er sich als ungeschickt für diesen Posten erwiesen habe. Das Arbeitsgericht hat jedoch ein solches Ansinnen abgelehnt, da in keiner Weise nachgewiesen werden konnte, daß er seine Befugnisse überschritten habe. Alle Kronzeugen der Verwaltung versagten. Das Gericht konnte nichts anderes machen, als die Verwaltung mit ihrer Forderung wegen Amtsenthebung abzuweisen.

Die Verwaltung der Grube Hubertus gibt sich jedoch mit einer solchen Entscheidung nicht zufrieden. Bereits einige Tage nach dem Urteil hat die Verwaltung es für notwendig gehalten, den Vorsitzenden des Betriebsrates aus seiner bisherigen Tätigkeit aus der Fabrik in den Grubenbetrieb zu verlegen, wo nur noch ein einziger Arbeiter beschäftigt sind, nur um ihm die Verbindung mit der Belegschaft (von welcher er gewählt worden ist) zu nehmen.

Aus all diesen Gründen ist doch wohl zu ersehen, daß die Verwaltung der Grube Hubertus durchaus keine Ursache hat, sich als besonders sozialdenkend hinzustellen. Es ist als besonders unsozial zu bezeichnen, wenn man bei Arbeitern, welche ihre gefunden Knochen auf dem Werke gelassen haben, nachträglich versucht, ihre Renten am Lohne zu kürzen. Wir erkennen gerne an, wenn es Verwaltungen gibt, welche in dieser schweren Zeit die Lage ihrer Belegschaften zu erleichtern versuchen. Die Vorkommnisse, wie sie sich auf der Grube Hubertus abgespielt haben, sind jedoch nicht geeignet, eine Besserung herbeizuführen.

24.
Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 5. Juni bis 11. Juni 1932

Kameraden!

Jeder Arbeiter, der seinen Warenbedarf bei Anhängern der Privatwirtschaft deckt, unterstützt diese im Kampf gegen die Arbeiterklasse und damit gegen sich selbst.

Jeder gewerkschaftlich- und klassenbewußte Arbeiter ist deshalb unter Beachtung der Beschlüsse unserer Gewerkschaftskongresse verpflichtet, Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden und dort seine Waren zu kaufen.

Aus dem Ruhrrevier.

Zur Tarifbewegung im Ruhrgebiet.

Nachstehend lassen wir den genauen Wortlaut der Schieds- sprüche vom 30. Mai d. J. zum Rahmen- und Lohn tarif folgen. Im übrigen verweisen wir auf den Artikel auf der zweiten Seite dieser Zeitung.

Schiedspruch zum Rahmentarif.

1. Der bestehende Rahmentarif wird mit folgenden Verände- rungen wieder in Kraft gesetzt. § 2 erhält folgenden Zusatz: „Über die Arbeitszeit darf zu gleicher Zeit verhandelt werden, zu der über das bestehende Mehrarbeitsabkommen während der Dauer dieses Tarifs verhandelt wird.“

Im § 4 fällt Ziffer 3 Abs. 5 „jedoch vermindert sich... fort.“ § 4 Ziffer 4 erhält folgenden Zusatz: „Von dieser Summe werden im Urlaubsjahr 1932 jedoch nur 70 Prozent bezahlt.“ § 8 Ziffer 2 Absatz 3 wird gestrichen.

§ 8 Ziffer 5 erhält folgenden neuen zweiten Absatz: „Auch kinderlose Witwer und geschiedene Arbeiter sind bezugsberechtigt, wenn sie nachweislich ihren bisherigen Haushalt ohne Unterbrechung in unverändertem Umfang weiter führen.“

2. § 12 lautet: „Dieses Abkommen tritt am 1. Juni 1932 in Kraft. Es gilt unkündbar bis zum 31. März 1933. Für diesen Zeitpunkt kann es erstmalig am 1. Februar 1933 und dann mit derselben Frist weiterhin gekündigt werden. Die Lohnordnung kann unabhängig davon gekündigt werden. Alle Kündigungen können nur durch und an die Verbandsleitungen und feldens der Arbeitnehmer nur gleichzeitig durch die unterzeichneten Ver- bände erfolgen.“

Schiedspruch zum Lohn tarif.

1. Der bestehende Lohn tarif wird unverändert verlängert. 2. Diese Regelung tritt am 1. Juni 1932 in Kraft. Der Tarif ist erstmalig mit Monatsfrist zum 31. Juli 1932 und dann laufend mit monatlicher Frist kündbar.

Dichterstreit auf Carolinenglück.

Bei dem Ueberangebot von schleimerischen Naziseelen ist es heute für halbwegs brauchbare Unternehmerröhren schwer, sich die besondere Günstigkeit ihrer Herren zu erbitten. Diesbezüglich be- sondern findige Köpfe aber wissen sich auch trotz dem noch ins helle Licht zu stellen. Der eine schreibt wie befehlen alle fünf Minuten sein „Heil Hitler!“ ins Blaue hinein, der andere ver- sucht es mit einem vernichtenden „Nieder mit dem Marxismus!“, der dritte wieder markiert von Zeit zu Zeit den überfallenen SA-Mann und der vierte, na — der versucht es eben als Poet im Zeichen des Goethejahres und läßt in der „Zeichen-Zeitung“, dem Lummelplatz gelber „Geistesarbeiter“, seine Lobeshymnen fliegen. Ist es auch Bled, was dabei herauskommt, der Arbeit- geber wird es schon verstehen, denkt sich der Zeichenzeitungs- dichter.

Nachstehend bringen wir ein Produkt eines solchen Dichters, das uns von einem Kumpel überliefert wurde, der gleich seine Antwort an den Dichter, ebenfalls in Reimen zusammengefaßt, mit beifügte. Auch dieses Kumpelgedicht fügen wir an, um mit dem Ganzen eine auch etwas heitere Note in diese grauen All- tagstunden hineinzubringen:

Am Schacht.

Hil, wie das poltert, wie das kracht!
Es ist eine Zeit, da zuschau'n;
Der Herz im Leibe jedem laßt,
Aber spitzte da wohl noch ein Grauen?
Die Wähne grade sich jetzt hebt,
Der Kopf wird hochgehoben,
Der anten alles wickelt, löst,
Das Wägel ist uns gewogen:
Es rüttelt Zug auf Zug heran,
Es ist 'ne wahre Zeit;
Wenn schilige so nicht höher dann
Das herge in der Brust.
Der Schacht, er schneut und schneut
weiter
Die Wagen ohne Zohlf,
Für Menschen hier sind froh und heiter:
Heut' klappt es wieder mal,
Es sind schon fünfzehnhundert 'rauf,

Weht es so weiter fort,
Dann stellen wir bestimmt heut' auf
'nen neuen Hbbschneeford.
Doch sieh, was ich denn los,
Wo bleibt der Zug aus „Zehn“?
Verdammt, was ist das Maß,
Es kommt ja gleich zum Stehn!
Grab' laßt der Storb die befehlet
Wagen,
Da saucht es um die Eck;
Es weicht ein Druck aus gleich vom
Wagen:
Der Zug kommt aus her Strecke.
Grab' als die Wähne' als Randungs-
leg
Den Weg zum Arch gibt frei,
Da rollen über sie hinweg
Der Wagen wieder zwei.
H. Schneider, Carolinenglück.

Der Steigerdichter.

Watt sei's geklagt, — ja leider —
Ist nun auch Steiger Schneider,
Vom Dichtersleben mitteilt,
Wenn da nur kein Maßwort passiert.
Der Frühling hat's ihm angetan:
Der wart ihr aus gewohnter Bahn
Und machte aus dem simplen Steiger,
Den großen Dichter Heinrich Schneider.
Die Zeichenzeitung, wohl bekannt,
Sie war für ihn das richtige Land,
Wo seines Geistes Füll und Macht,
Weich in Geruchtheit und Pracht.
Und Heinrich dieses groß' Genie,
Entdeckt des Schachtes Sinnjamie,
S' hieser Maul' Gau ohne Grenzen,
Sich Knappenarbeit angucken.
Wem er an Schacht die Luftschicht führt,
Wozu unbelüftet, ungeniert
Wohin seinen Metertod geführt:
In seinem Kopf es fürchtbar blüht!

Er steht im Geist viel hundert Wagen.
Von Storb zu Tage hochgetragen.
Das Herz schlägt hoch in seiner Brust:
Vergessen zu sein, o, welche Lust!
In seines Geistes Phantastie,
Ein neues Kohlenrevier gedieh.
Die Wägel war wohl ganz allein,
Damit ihm klappte dieser Reim.
Druck ist im Bergbau allbekannt,
Doch nicht auf Schneiders Wagenwand.
Wir beacht: Es wird viel eher klappen,
„Er will durch Dichtkunst höher klappen.“
Die Zeiten sind ja längst gewesen,
Wo man im Buch kann rühmlich lesen
Und durch viel wichtigen Sumier,
Vorförder wurde: Ernst Fauser.
Ach, lieber Schneider, sei geduldet!
So etwas gibt es nicht mehr heut.
Nur Protokoll, sie macht den Mann,
Auch Poetie das nicht erzeigen kann.
Und die Moral von der Geschicht?
Ich fürcht' es aus, ich fürcht' mich nicht:
Und sollt in hundert Jahren wieder so ein Frühling sein,
Ich, Heinrich Schneider, fähig kein Verzugsgeicht mehr ein.
Klabautermännchen von Carolinenglück.

Der Gewerkschaftsfunktionär als Rechtskundiger.

Die Klassengegensätze innerhalb der menschlichen Gesellschaft bringen es mit sich, daß der Arbeiter bei Not oder Bedrängnis seiner wirtschaftlichen Existenz nicht sich an irgendeinen beliebigen Mann wendet, der etwa Auskunft und Beratung gewerblich be- treibt, sondern an den ihm klassenmäßig und menschlich nahe- stehenden Gewerkschaftsfunktionär, an seinen Vertrauensmann, an den Angestellten seines Verbandes, der vom Vertrauen der Kollegenschaft zu seiner Stellung und zu seinem schweren Amt berufen worden ist. Früher waren die Anforderungen, welche der Kollege an die Rechtskenntnisse seines Funktionärs stellte, zweifellos nicht so bedeutend wie heute. Das erklärt sich einmal aus der ständigen Vermehrung der Rechtsauskunftsstellen und zum anderen auch daraus, daß wir früher mehr beständige Rechtsregelungen hatten.

Über innerhalb der letzten zwanzig Jahre ist das tatsächlich anders geworden. Beigetragen hat auch die Schaffung der Arbeitsgerichte und die nahezu ausschließliche Vertretungsmacht der Verbandsangestellten, Arbeitervertreter usw. Daraus ergibt sich zum Teil, daß die Arbeit in Umfang und Inhalt sich gewaltig ver- mehrt hat. Andererseits soll der einzelne Kollege auch sachgemäß und gründlich beraten werden. Dazu kommt die Schwere der Zeit, die nachweislich viel mehr Kollegen zur Rechtsauskunftsstelle treibt, als jemals zuvor. Die Zahl der Auskunftsfindenden und Rechtshilfe Begehrenden wächst ständig. Es ergibt sich also für den Funktionär die dringende Pflicht, um seine eigene Ausbildung in allen möglichen Tagesfragen ständig bemüht zu bleiben, damit er nicht hinter dem Alltag und hinter den Fortschritten des Rechtes zurückbleibt. Uebrigens macht sich der Außenstehende keine Vorstellung davon, welche Arbeitslast und welches Maß von Ver- antwortung auf dem Gewerkschaftsfunktionär lastet.

Es sind nicht nur die Fragen des täglichen gewerkschaftspoli- tischen Kampfes, welche vom Funktionär zu lösen sind, sondern es sind tausend kleine oder große Privatangelegenheiten, mit welchen der Angestellte belastet wird. Wer lange in einem sol- chen Amte steht, wird allmählich zu einem Rechtspraktiker von Format. Allerdings fehlt die Tätigkeit in einer Rechtsauskunftsstelle auch fortwährende theoretische Arbeit voraus. Sie bedingt, daß der Angestellte sich laufend über Neuerungen auf allen in Frage kommenden Rechtsgebieten unterrichtet, daß er mit nie erlahmender Aufmerksamkeit das Reichsgesetzblatt, das Reichs- arbeitsblatt und die Fachzeitschriften liest und zugleich sich ständig über die neuesten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und Reichsversicherungsamtes unterrichtet. Dazu kommen Sonderent- scheidungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und

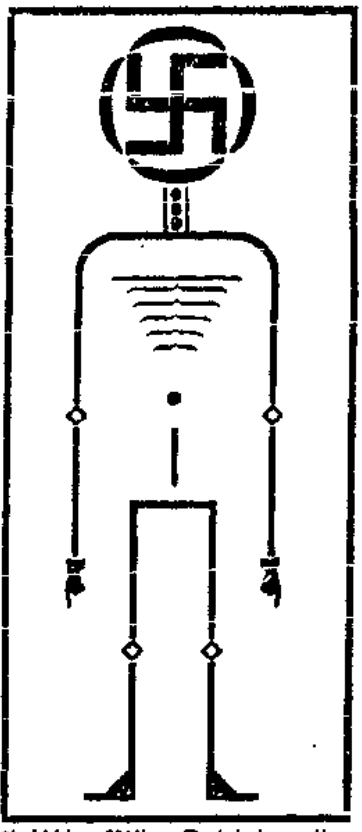
ähnliche Spezialgebiete, die dauernde Aufmerksamkeit erfordern. Wenn man schließlich noch an die Veränderungen bestehender Ge- setze durch das Inkrafttreten der Notverordnungen denkt, so kann man sich einen Begriff von der Arbeit des Funktionärs machen.

Die Erledigung der vielen kleinen Auskünfte und Anfragen, besonders aber die Durchführung eines Rechtstreites setzt eine sorgfältige und liebevolle Beschäftigung mit vielen einzelnen Kleinigkeiten voraus, die in jedem Falle verschieden sind. Der vertretene Kollege schenkt seinem Angestellten volles Vertrauen und erwartet dafür auch tatsächliche Hilfe. Es ist daher gar nicht möglich, den Fall oberflächlich oder flüchtig zu behandeln, weil der Hilfesuchende andernfalls bitter enttäuscht würde, was sich immer zum Nachteil der Organisation auswirkt. Der Angestellte übt sein schweres und verantwortungsvolles Amt nicht ohne die Erwartung aus, daß die Kollegenschaft Verständnis und kollegiale Solidarität in all den Fällen beweist, in denen geschlossenes und tatkräftiges Vorgehen gegen Feinde der Bewegung ernstes Gebot der Stunde ist. Immer steht er an vorderster Stelle im Angriff. Immer treffen ihn die Schläge des Gegners zuerst.

Hier nun beginnt die Aufgabe der Kollegen. Sie besteht darin, dem Manne, dem sie durch Berufung in dieses Amt Ver- trauen geschenkt haben, Solidarität und Treue zu zeigen. Sie haben die Aufgabe, verleumderische Angriffe der zahlreichen Gegner mit aller Schärfe zurückzuweisen. Laufen sie doch bloß darauf hinaus, den Führer zu ruinieren, ihn in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren, um auf diese heimtückische Weise um so leichter die Front der Arbeiterschaft zu zertrümmern. Denn das ist letzten Endes die alleinige Ursache für solche Taktik: man will die Führerschaft beseitigen, um die Masse für sich zu ge- winnen. Indessen haben sich die gegnerischen Versuche als un- durchführbar bereits erwiesen. Noch steht eine mächtige Front unerschütterlich.

Noch hat die Kollegenschaft dem selbstgewählten Führer die Befolgung nicht verweigert; denn das ist ja gerade der Unterschied zum System der Diktatur, daß dort der Führer nicht gewählt, son- dern diktiert wird. Er wird der Masse vor die Nase gesetzt und mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet. Damit würde alles das über den Haufen gemworfen, was die Arbeiterschaft an Rechten der Selbstbestimmung und der Meinungsfreiheit sich ge- schaffen hat. Sind aber Führer und Arbeiterschaft einig, so kann eine Welt von Feinden stumm laufen, ohne daß die Front mackt. So sind beide aufeinander angewiesen, zusammen verknüpft durch das Band der Klassengemeinschaft und des täglichen Kampfes um edle Dinge.

Hib! Hib! *) Hurra!



*) Hib: Hitler-Betriebszelle.

Quakel spricht: Im dritten Reich
Wachsen alle Birnen weich.
Eingetunkt in alle Jauchen,
Wird die Dummheit nur so rauchen.

Der Prolet wird noch und noch
Schuffen wie der Ochse im Joch.
Zu des Kapitals Gefallen
Wird die Peitsche nur so knallen.

Jeder wird (das steht schon fest)
In die Hib (Hurra!) gepreßt.
Maul gehalten. Beitrag blechen.
Bonzen mästen sich und zechen.

Jeder kommt vors Rassenamt
Zum Beweis, woher er stammt,
Wird die Hose abgekrempelt
Und der Podex abgestempelt.

Die Stempel der Gegenwart
Wird dadurch radikal gespart,
Denn sogar in schlimmsten Wintern
Hilft der Stempel auf dem Hintern.

Für Hitler, Röhm und Vaterland
Frißt der Prolete aus der Hand.
Hanf, Revolver, lange Messer
Heilen arbeitsfaule Fresser.

Quakel (siehe Zeichnung) hat
Schließlich seine Weisheit satt
Und er schließt sie mit Gegröhle:
Deutsch bis in die Achselhöhle!

Victor Kallinowski.

auf gar nichts einigen können, weil die freien Gewerkschaften keine Arbeiterorganisationen sind. Sie erkennen die Forderungen der freien Gewerkschaften an und wollen diese mit der Einheits- front auch verwirklichen. Da sie jedoch eine Einheitsfront mit den freien Gewerkschaften ablehnen, kann eine solche nie zustande kommen, folglich kann um die Verwirklichung dieser Forderungen auch nicht gekämpft werden. Das ist echt kommunistische Politik, die die Arbeiterschaft immer weniger versteht. Das ist auch der Verrat der kommunistischen Bewegung an der deutschen Ar- beiterschaft!

„Einheits“verband betrügt Jungarbeiter.

Von einem Jungarbeiter erhalten wir nachfolgende Zuschrift: „Ich bin am 29. September vorigen Jahres in den kommuni- stischen Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands eingetreten. Der Grund hierfür war, daß ich glaubte, meine Inter- essen würden dort vertreten, wie es die freigewerkschaftlichen Verbände wohl tun. Auf der Schachtanlage Viktor 3-4, auf der ich arbeite, werden schon seit Jahren Feierschichten eingelegt. Erst war es wöchentlich eine, dann wurden es zwei und schließlich gar drei Feierschichten wöchentlich. Das Statut des Einheits- verbandes sieht bei Feierschichten eine Ermäßigung der Beiträge vor. Wörtlich heißt es in dem Statut: „§ 4 Abs. 3. Bei Ein- legung von sechs Feierschichten und mehr pro Monat wird auf zwei Wochenfelder des Mitgliedsbuches eine Beitragsmarke ge- klebt.“

Auf Grund der vielen Feierschichten richtete ich nun folgendes Schreiben an die Verbandsleitung in Essen:

„Auf Grund des § 4 Abs. 3 des Statuts stelle ich folgende Beschwerde und bitte umgehend um Auskunft:

Überraschtend Absatz 3 besagt, daß bei sechs und mehr Feierschichten im Monat für zwei Wochen eine Marke geklebt wird. Ich stelle fest, daß wir hier auf Viktor 3-4 jeden Monat mehr als sechs Feierschichten haben. Somit habe ich seit Ok- tober bis Ende Februar zehn Wochenbeiträge zuviel bezahlt. Bei der heutigen wirtschaftlichen Lage zählt für uns Jungarbeiter jeder Groschen. Ich bitte die Kameraden, mir umgehend Ant- wort zu schicken, ob die zuviel bezahlten Beiträge nicht für die folgenden Wochen angerechnet werden können.

Mit kameradschaftl. Gruß! (Name), Mitglieds-Nr. 027 129.“

Auf diesen Brief erhielt ich umgehend Antwort von der Ruhrbezirksleitung des EWBD., die folgendermaßen aussieht:

„Verteuer Kamerad! Auf Dein Schreiben vom 21. März 1932 folgendes: Im Verbandsstatut § 4 Abs. 3 heißt es nicht, daß bei sechs und mehr Feierschichten im Monat für zwei Wochen eine Beitragsmarke geklebt wird, sondern im § 13 Abs. 5 heißt es, daß Kurzarbeiter mit mehr als zwei Feierschichten in einer Lohn- befunde den zweitnächsten Beitrag ihrer Klasse zahlen. Du liest also, daß Du bisher nicht zuviel Beiträge gezahlt hast, sondern statutengemäß Deine Beiträge geklebt hast. Du hättest uns mit- teilen können, welchen Beitrag Du klebst. Als Betriebsarbeiter bezahlst Du wöchentlich ja gegenwärtig 35 Pf. Für Erwerbslose kommen ja, wie Dir wohl bekannt ist, 10 Pf. in Frage.

In Erwartung, daß du auch weiter mithilfst, den Verband zu stärken, verbleiben wir mit rev. Gruß! (Stempel).“

Der Brief trägt außer dem Stempel nicht einmal eine Un- terschrift. Absender des Briefes ist Josef Böhm, Essen, Drei- lindenstraße 41. Nachdem ich den Brief gelesen habe, bin ich nicht schlauer als vorher. Jedoch habe ich mit mein Mitgliedsbuch vorgenommen, um den § 13 einmal zu studieren. Dabei machte ich die Feststellung, daß es einen solchen Paragraphen in dem dem Mitgliedsbuch angefügten Statut gar nicht gibt. Ich kann mir nichts anderes vorstellen, als daß das Statut der Ruhr- bezirksleitung des EWBD. andere Paragraphen enthält, als das Statut, das für die Mitgliedschaft bestimmt ist. Ich bitte daher alle anständigen Arbeiter, einmal über diesen Vorfall ihr Urteil abzugeben, denn meines Erachtens grenzt dieses Vor- gehen schon an Betrug. So werden in einem Verband, der an- geblich kommunistisch eingestellt ist, die Jungarbeiter um ihre Groschen betrogen. Meine Schlussfolgerungen aus dem Verhalten des EWBD., der bewußt seine Mitglieder betrügt, habe ich ge- zogen, indem ich dem Verband der Bergbauindustriearbeiter beigetreten bin. Allen Jungarbeitern, die es ehrlich mit ihrer Klasse meinen, kann ich nur empfehlen, meinem Schritt zu folgen und den Einheitsverbands-Bonzen nicht weiter die Groschen in den Rücken zu werfen!“

Belegschaft von Thyssen 4-8 und RGD.

Was ist aus dieser Hochburg der RGD. und der Kommu- nisten, aus der Belegschaft der Schachtanlage Thyssen 4-8 in Hamborn geworden? Zweimal wurde die Belegschaft von der RGD. in den Streik gezerrt. Ergebnis: Zusammenbruch des Streiks am ersten Tag, weil die übergroße Mehrzahl der Beleg- schaft, darunter auch Anhänger der RGD. und Kommunisten, nicht mitmachte. Maßregelungen und Entlassungen klassen- bewußter Arbeiter waren die weitere Folge. Heute findet man kaum noch Arbeiter im Betrieb, die sich gegen die schändliche Behandlung der Belegschaft durch die Zeichenverwaltung wehren. Der kommunistische Betriebsrat setzt sich aus Personen zusammen, für die das Betriebsratsgesetz ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die Wahrnehmung der Interessen der Belegschaft ist ihm daher unmöglich. Seit seiner Wahl im Februar d. J. hat bis jetzt eine einzige Sitzung mit der Verwaltung stattgefunden. Von den 14 Forderungen, die vor der Wahl gestellt wurden, ist nicht eine einzige in der Sitzung erhoben worden, geschweige denn zur Durchführung gebracht. Statt der Siebenstundenschicht wird an Tagen mit Feierschichten vollgeleßt.

Eine andere Forderung der RGD.-Betriebsratskandidaten war die Beseitigung nicht nur der Belegschaftsmitglieder, sondern auch der Erwerbslosen mit Brennhoff. Wenn die Verwaltung diese Forderungen nicht aus den Zeitungen erfahren hat, weiß sie bis auf den heutigen Tag nichts davon. Unterdessen wird die Beseitigung der noch Beschäftigten immer geringer. Der „revolutionäre“ Betriebsrat weiß sich nicht zu helfen. Woher

soll er auch die Kenntnisse haben? Seine Organisation erteilt ihm nur Belehrung in der Bekämpfung und Zerklüftung der verhassten Gewerkschaften. Nebenbei erteilt Hausladen vom „Einheits“verband (Eifen) praktischen Aufschauungsunterricht über den Aufbau der „Einheits“front. An dieser „Einheits“front bauen die RGD.-Leute jetzt seit einigen Jahren mit dem Erfolg, daß ihre Versammlungen so gut wie gar nicht besucht werden. Selbst in der letzten Belegschaftsversammlung am 29. Mai, in der über die Tarifstreitigkeiten referiert wurde, konnten nur 70 Besucher einschließlich der Mitglieder der übrigen Verbände gemustert werden. Die Diskussion in dieser Versammlung wurde vollkommen von den Mitgliedern unseres Verbandes beherrsch. Hausladen war sehr enttäuscht. Eine bessere Antwort aber kann diesen Verbrechern an der Ruhrbergarbeiterchaft gar nicht er- teilt werden als die, daß ihr Schlagwort von der „Einheits“front von der Arbeiterschaft mit Nichtachtung gestraft wird. Der Ver- rat der Kommunisten an der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft wird immer offensichtlicher, was aus folgendem hervorgeht:

„Die Einheitsfront ist nur möglich durch die Zertrümme- rung der freien Arbeiterorganisationen, weil diese keine Arbeiter- organisationen sind. Eine Einigung mit diesen Organisationen ist unmöglich, auf nichts, auf gar nichts können wir uns mit ihnen einigen!“

Diese Erklärung gibt das Zentralkomitee der Reichsleitung der RGD. in der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ vom 4. Mai 1932 bekannt.

„Der Mann, der die freien Gewerkschaften Deutschlands zerklüftet, dessen Büste müßte als ehrendes Zeichen in der Wal- halla zu Regensburg aufgestellt werden und so der Nachwelt er- halten bleiben.“ So schreibt Adolf Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“.

Was Hitler bisher verjagt blieb, das wollen die Kommu- nisten erreichen! Ist nicht eigentlich eine Einheitsfront zwischen Nazis und Kozis sowohl in ihrer Zielsetzung als auch in ihrer praktischen Arbeit bereits vorhanden? Der denkende Teil der Arbeiterschaft hat diesen Schluß längst gezogen. Das hat auch Hausladen in der Belegschaftsversammlung am 29. Mai zu sei- nem größten Leidwesen erkennen müssen. Die Forderungen der Gewerkschaften erkannte er vollinhaltlich an, durchgeführt werden sie nach seiner Meinung jedoch nur mit der „Einheits“front unter Führung der RGD. Danach sieht die kommunistische Gewerkschaftspolitik etwa so aus:

Sie rufen nach der Einheitsfront, erklären dann aber, daß sie sich mit den Arbeiterorganisationen auf nichts, aber auch

Ein 75jähriger Veteran.

Richard Hillemann, Sprochhövel.

Ein vorbildlicher Kämpfer ist der alte Richard in Sprochhövel, der durch mehrere Jahrzehnte hindurch an der Spitze unserer Front steht und nimmer müde wurde. Ob in der Zahlstelle oder auf der Zeche, immer war er für unsere Sache heiß bemüht. Seit 1878 Bergmann, kannte er unseren schweren Beruf durch und durch und war mit allen Feinheiten und Schikanen der Kohlenbarone vertraut, so daß er auch stets den besten Weg der Abwehr zeitig erkannte und einschlugen mußte. Ob als aktiver Funktionär oder als Berater in seinem hohen Alter, stets war er gleich beliebt und geschätzt bei seinen Kameraden. Wir wünschen, daß er seine Hilfe und seinen Rat noch lange seinen Kameraden leisten kann und hoffen, daß die Sprochhöveler Bergarbeiterjugend ihm und seinem Wirken nachzueifern wird.

Die Steiger des Ruhrbergbaues in der Krise.

Da es leider versäumt wurde, das gesamte Bergschulwesen für den Ruhrbergbau rechtzeitig auf eine planmäßige Grundlage zu stellen, wird die Entwicklung für den Steigerstand immer vorwärtiger. Die unheilvolle Auswirkung dieser Entwicklung wird auch jetzt von den maßgebenden Stellen des Ruhrbergbaues immer mehr anerkannt, was in einer erheblichen Einschränkung des Bergschulbetriebes zum Ausdruck kommt. Über auch die jetzt bestehende Einschränkung der Bergschulen gemüht nicht, überhaupt oder auch nur in absehbarer Zeit die Verhältnisse des Steigerstandes zu bessern.

Am Schlusse des abgelaufenen Schuljahres bestanden an der Hauptbergschule zu Bochum insgesamt 21 Lehrklassen mit 546 Schülern, an der Bergschule zu Hamborn waren 81 und an der zu Essen 129 Schüler, so daß also die Gesamtschülerzahl 756 betrug. Davon gingen mit Schluß des Schuljahres 187 Schüler ab, so daß also die Bergschulen des Ruhrbergbaues mit 569 Schülern ins neue Schuljahr gingen. Außerdem bestanden am Schlusse des abgelaufenen Schuljahres insgesamt 31 Bergvorschulen, die von 642 Bergvorschülern besucht wurden. Davon wurden zu Ostern 1932 151 Schüler entlassen, so daß also die Bergvorschulen mit 491 Schülern ins neue Schuljahr gingen. Zusammen umfaßt mithin der Bergschulbetrieb für den Ruhrbergbau im Schuljahr 1932 noch 1060 Schüler.

Obwohl infolge der einschränkenden Maßnahmen die Schülerzahl in den letzten Jahren ständig gesunken ist, hat man sich zu weiteren Einschränkungen entschlossen. Zunächst werden einmal für die Dauer eines Jahres überhaupt keine neuen Lehrgänge eröffnet, so daß demnächst ein Jahrgang der Bergschulen vollständig ausfällt. Ferner wurden die Bergvorschulen in Gelsenkirchen-Schalke, Essen-Aray, Sprochhövel und Heisingen geschlossen. Dasselbe Schicksal werden die Bergvorschulen in Essen-Boxbeck, Stertrade, Wanne-Gidel, Weiderrich, sowie eine Bergvorschule in Hamborn nach Beendigung ihrer Lehrgänge erleiden.

Die Verhältnisse in der Praxis zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, daß eine radikale Einschränkung des Bergschulbetriebes schon lange notwendig war. Durch eine Umfrage bei den Zechenverwaltungen des Ruhrbergbaues wurde festgestellt, daß am 1. April 1932 vorhanden waren:

- 684 abgebaute bzw. ins Arbeiterverhältnis zurückgeführte Steiger unter 50 Jahren.
- 274 abgebaute bzw. ins Arbeiterverhältnis zurückgeführte Steiger über 50 Jahre.
- 286 Bergschüler (Bergschulabsolventen) ohne Anstellung unter 30 Jahren.
- 171 Bergschüler ohne Anstellung über 30 Jahre.
- 187 Bergschüler am 1. April von den Bergschulen entlassen.

Sa. 1602.

Da im Ruhrbergbau noch knapp 8000 Steiger beschäftigt sind und man mit einem normalen Jahresertrag von 5 Prozent, also 160, rechnen kann, könnte der notwendige Ertrag zehn Jahre lang aus der obigen Reserve der abgebauten Steiger oder Berg-

schulabsolventen gedeckt werden. Theoretisch könnte man sogar noch länger mit der Reserve aus; denn die obige Zahl der abgebauten bzw. ins Arbeiterverhältnis zurückgeführten Steiger müßte eigentlich noch eine Weigerung erfahren, da in den letzten Jahren mehrere tausend Steiger und sonstige Grubenbeamte sich infolge Abbaues zwangsweise vorzeitig pensionieren lassen mußten, von denen der überragende Teil unter normalen Umständen noch jahrelang seinen Dienst verrichtet hätte.

Praktisch fällt hier allerdings eine andere Seite der Entwicklung erschwerend ins Gewicht, die drohende Ueberalterung der technischen Grubenbeamten. In Wirklichkeit ist es doch so, daß Steiger über 50 Jahre zum alten Eisen gerechnet werden, daß in der Regel Steiger über 40 Jahre auf Beförderung wegen ihres „Alters“ verzichten müssen und daß Steiger über 30 Jahre, sofern sie von dem Unglück des Abbaues betroffen wurden, keine Aussicht mehr haben, je wieder in ihrem Berufe unterzukommen. Da, der größte Teil der oben angeführten 644 Bergschulabsolventen wird überhaupt für den Steigerberuf nicht in Frage kommen können, da auch diese Leute inzwischen „zu alt“ werden.

Die alte Regel, daß die praktische Erfahrung eines tüchtigen technischen Beamten für den technischen Grubenbeamten, den Steiger, ganz besonders zureichend. Der Bergbau mit seinen täglich wechselnden, schwierigen und gefährlichen Verhältnissen erfordert ganz besonders einen in jahrelanger Berufspraxis erprobten Beamtenstamm. Keine theoretische Ausbildung und keine noch so große Schultüchtigkeit kann die Vollendung des technischen Bergbeamten durch die Praxis ersetzen.

Aus allen diesen Gründen heraus ist es unbedingt notwendig, daß die geschilderte Entwicklung der besonderen Steigerkrise von Seiten der maßgebenden Persönlichkeiten eingehend untersucht wird. Es darf gefordert werden, daß die Ueberspannungen, die sich auf diesem Spezialgebiet herausgebildet haben, auf ein erträgliches Maß zurückgedrängt werden. Nicht allein der Steigerstand hat ein Interesse daran, sondern die befriedigende Lösung dieses Problems muß alle maßgebenden Faktoren des Bergbaues betreffen, da nur ein praktisch bewährter technischer Beamtenstamm im Bergbau die Gewähr für ausreichende Betriebsicherheit bietet.

UNSERE TOTEN

Böhlen. Ernst Grödel, Mitglied seit 1920, Gründer der Zahlstelle. — Planitz-Ost. Karl Uhlmann, Mitglied 1912. — Aray. Karl Schröder, 14 Jahre Mitglied; F. Neumann, 3 Jahre Mitglied. — Marl. Reinhold Bornmann, Mitglied seit 1911; Fydzika Mitglied seit 1919. Coinsdorf. Johann Ströbner, Mitglied seit 1899. — Borholz. Frh. Hesehorst, Mitglied seit 1897. — Kaiserau. Ludwig Kettler, 29 Jahre organisiert. — Dahlhausen I. Wilhelm Grote, Mitglied seit 1889; Gustav Hillemann, Mitglied seit 1905. — Sarsfeld. August Wolters, Mitglied seit 1903. — Peißenberg. Ludwig Zerhoch, Mitglied seit 1899. — Niehl. Heinrich Hüpe, Mitglied seit 1913. — Niederhagen. Arno Schmidt, Mitglied seit 1914. — Mieschowitz. Alois Kottlyta, Mitglied seit 1921; tödlich verunglückt auf der Preußengrube. — Völspe. Gustav Borchers, Mitglied seit 1919. Eugau. Richard Moser, 30 Jahre Mitglied. — Uplerbeck. Heinrich Vicariesmann, Mitglied seit 1903, Mitgründer der Zahlstelle.

Ehre ihrem Andenken!

BUCHER

Alle hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

J. G. Deutschland. Von Helmut Widel. Ein Staat in die Zukunft. 219 Seiten. Ganzleinen. Buchausstattung von J. F. Schöndel. Verlag: „Der Büchertreue“ GmbH, Berlin SW 6, 1932. Preis 4,30 M. — Die deutsche chemische Industrie stand von Anfang an in ökonomischem und damit politischem Gegensatz zu den großen Kolonialmächten und wurde zu einer Säule des deutschen Vorkriegsimperialismus. Der Weltkrieg entwickelte sich, je länger er dauerte um so mehr, zu einem Weltkampf der Chemiker der kriegführenden Staaten. Wenn auch Deutschland als Besiegter aus dem Kriege hervorging, die deutsche chemische Industrie hat ihn nicht verloren. Sie hat sich neue Weltmärkte verschafft und wurde im neuen Deutschland zu einem ausschlaggebenden politischen Faktor. Mehrfach gehörten Mitglieder der Aufsichtsrates der I.G. Farben offiziell deutschen Regierungen an, immer aber warf der Trust hinter den Kulissen sein Wort in die Waagschale. Daß diese Entwicklung kein Zufall, sondern eine notwendige Folge der besonderen Stellung des Chemiekapitals ist, zeigt Widel's Buch mit überzeugender Eindringlichkeit. Er weist damit zugleich Zukunftsperspektiven des deutschen Schicksals auf und ist dann ebenso interessant als historische Studie wie als politisches Werk. Sein niedriger Preis (4,30 M.) erleichtert es jedem Interessenten, das Werk in seinen Bücherschatz aufzunehmen.

Verbandsnachrichten

Auszahlung von Unterfühungen.

Zahlstelle Zwedel. Wegen Ueberlastung der Ruhrbezirksleitung werden die Bücher für Kurzarbeiterunterstützung nun noch als zwei Monate eingelandt und zwar: 15. Juni, 15. August, 15. Oktober, 10. Dezember, 15. Januar ufr.

Zahlstelle St. Ingbert. Die Kranken- und Erwerbslosunterstützung gelangt nun jetzt ab diesem letzten Sonntag im Monat, morgens 9 bis 12 Uhr, beim Kassierer Georg Scholl, Rote Flur 17, zur Auszahlung.

Bibliothek.

Zahlstelle Gneul. Die Bibliothek befindet sich jetzt im Sitzungszimmer bei Hans Pau i, Gneul, Bergmannstraße 133. Bücherausgabe jeden Samstag von 18 bis 20 Uhr und Sonntags von 9 bis 10 Uhr.

Widerruf. Die Aussagen, die ich gegen den Bergmann Karl Bochum, Gemmeier, gemacht habe, nehme ich zurück.

Josef Rejd.

Die glücklichen 8 Tage



DEIN WEGWEISER IN DEN URLAUB; DIETZ-ARBEITER-REISE- UND WANDERFÜHRER

Fuß- und Radtouren, Städtebesuche, Gebirgs- und Wanderungen, Wildwasser- und Furtfahrten in Fallboot, Waidkunde, Zeltbau, Reisekochbuch, Photo-Anleitung, Adressen usw.

450 Seiten, illustriert. Soeben erschienen! Preis nur 2.- M.

Zu beziehen durch unsere Buchhandlung

H. Hansmann & Co., Bochum
Wiemelhauser Straße 38-42

Bücher

bezieht man am besten von unserer Buchhandlg.

H. Hansmann & Co., Bochum.



Ich war kahl

Durch das von mir entdeckte Indlaner-Elixir gelangte ich wie tausende andere wieder zu vollem, strahlendem Haarwuchs. Es ist ein reines Naturprodukt von verblüffender Wirkung, wunderbarer Haarwuchs wird selbst in Fällen erzielt, wo Schuppen, Haarausfall und Kahlheit schon seit Jahren bestehen. Tausende Dank- und Anerkennungsbriefe! Eine Probepdose selbst aufbewahren. Schreiben erhält ich jeder gegen Einsendung von 50 Pf. in Briefmarken. John Hart Brittain, Berlin W 3, Potsdamer Str. 13, Ad. 305

Blumenmus

10-Pf. Kiste, 20-Pf. ab hier. Kadomne. Viele tauende Nachbestellungen. Otto Ritter, Sächsischer Str. 23, Bochum.

Gummi

bes. Artikel Preis B3. gross. Feinster Feinb. „Medica“ Berlin SW 62. Ihre Zahlstraße 8.

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gutfallende Sorten. 1. Art: grüne gefüllte Art. 2,50, halbweiße Art. 3, —, weiße Art. 4, —, beize Art. 5, —, a. 6, —, baumwollene Art. 7, —, u. 8, —, beste Sorte Art. 10, —, u. 12, —, weiße einseitige Halbweiße Art. 8,50 u. 7,50, beste Sorte Art. 9,50. Bestand vergrößer, gutster, gegen Nachnahme. Stücker frei! Umsonst und Nachnahme gefällig. Benefizit Sohnel, Lobes 209 bei Pillen in Böhmen.

Drucksachen

jeder Art, für Zahnstellen und Verzahn, sofort preiswert. H. Hansmann & Co., Bochum.



GELD

Verleihen Sie sofort durch Erleichterung usw. Maschinen-Schneider. Geringe Anzahlung. Mithal erforderlich kein Risiko. da wir Fertige zurückerhalten. Kostenlose Auskunft. d. F. L. KERSTIAN & CO. BERLIN-WALDEN

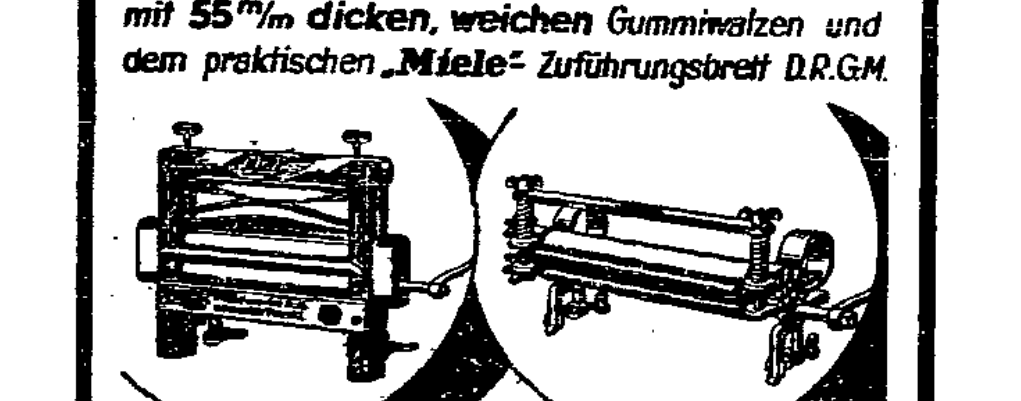
Die Gesundheit wieder erlangt.

Dr. R. in E. Schmidt: „Seit über 1 Jahr nehme ich Silphoscolin-Tabletten gegen mein Lungeneiden und möchte Ihnen heute meinen Dank aussprechen. Sie haben mir mit Ihrem Präparat meine Gesundheit wieder verschafft. — Durch das ärztlich empfohlene Silphoscolin kann die Heilung vieler Lungenerkrankter, Asthmatiker, Bronchialer erfüllt werden. — Glas mit 60 Tabletten Mk. 2,70 in allen Apotheken. Bestimmt: Reizlosantihist. München (83) 2 M. Interessante Broschüre gratis.“

Interate haben immer großen Erfolg!

Miele-Wringer

mit 55 mm dicken, weichen Gummirollen und dem praktischen „Miele“-Zuführungsbrett D.R.G.M.



gewährleisten ein besonders wirkungsvolles Auswringen der Wäsche bei größter Schonung auch der zartesten Gewebe. Die Wringer besitzen eine schier unbegrenzte Lebensdauer. Messing-Druck- und Klemmschrauben.

Nr.	Wälzen-länge	Wälzen-stärke	Preis	Nr.	Wälzen-länge	Wälzen-stärke	Preis
5533	33 cm	55 mm	27,-	5535	39 cm	55 mm	23,-
5534	36 cm	55 mm	28,-	5536	39 cm	55 mm	24,50
			28,50	5537	42 cm	55 mm	26,-

Preise für Holzgestellwinger: Preise für Eisengestellwinger:

Zu haben in den Fachgeschäften Mielewerke A.G., Gütersloh/Westf. Größte-Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

Direkter Bezug ab Fabrik — verbilligt!

Über 1 Million Musikfreunde als Käufer, sowie 10000 von Dankesreiben, bezeugen unsere überragende Leistungsfähigkeit.



Meineleherold, Klingenthal No. 146



Togal-Tabletten

haben sich hervorragend bewährt bei Rheuma / Gicht / Nerven-Schmerzen / Ischias, Hexenschuß und Erkältungskrankheiten. Löst die Harnsäure und ist stark bakterienlösend. Über 6000 Arztempfehlungen! Vollkommen unschädlich! Frag Sie Ihr Arzt. Ein Versuch überzeugt! In allen Apoth. Ermäßig. Preis M. 1,25. Togal! 12,6 Lich., 0,46 Chin., 74,3 Aeid. acct. sat.

Uhren-Klause, Berlin SW 29 (28), Zossener Str. 8.

Die guten GEG-ZIGARREN und ZIGARILLOS. Immer genussreich, billig, gehaltvoll, aromatisch. Nur wirkliche Qualität!

In Deinem Konsumverein zu haben.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre. Gute Taschenuhr nur M. 1,80.

- Rt. 3 Herren-St. Uhr perst. M. 1,80
- Rt. 4 Herren-St. Uhr perst. M. 2,90
- Rt. 5 m. bei. Zeit. Uhr. perst. M. 3,90
- Rt. 6 Springen-St. Uhr perst. M. 2,90
- Rt. 7 Damen-St. Uhr perst. M. 3,00
- Rt. 8 Herren-St. Uhr perst. M. 2,90
- Rt. 9 Herren-St. Uhr perst. M. 2,90
- Rt. 10 Herren-St. Uhr perst. M. 2,90

Sächsische Bettfedern.

Fabr. P. Hoyer, Ballitzsch 79. Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4. Sendet Ihnen nur allerbeste, streng feine, qualitativ an der Spitze bedenkbar billiger zu Fabrik. Besatz prima BETT-INLETT. Können Sie selbst und verkaufen Sie Preis auf Wunsch unsonst und portofrei.